

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

THEODOR ESCHENBURG

Das Problem der Deutschen Einheit nach den beiden Weltkriegen

Der folgende Artikel wurde mit freundlicher Genehmigung des Autors wie des Verlages aus den „VIERTELJAHRSSHEFTEN FÜR ZEITGESCHICHTE“, 2. Heft, April 1957, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, übernommen.

Nach dem Zusammenbruch der Bismarckschen Staatsordnung in der Novemberrevolution von 1918 bestand nicht die Gefahr, daß das Reich von innen her auseinanderfallen würde, wohl aber mußte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Alliierten Deutschland die staatliche Anerkennung versagen würden. Vor allem Frankreich suchte die Gelegenheit zu nützen, um mit einzelnen Bundesstaaten Sonderfriedensverträge abzuschließen: das hätte die Auflösung des Reiches bedeutet. Die trotz aller Wirren schnelle und ordnungsgemäße Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung im Jahre 1919 sowie die beschleunigte Beratung und Verabschiedung der neuen Reichsverfassung erfolgten auch im Interesse der internationalen Vertragsfähigkeit Deutschlands zur Sicherung des Staatsbestandes. Nur ungern sah man daher in Paris die schnellen Fortschritte der Arbeiten der Weimarer Nationalversammlung.

Man verfolgte, wie hier nicht darzulegen ist, französischerseits weitestgehende Ziele deutscher Entmachtung. Ohne den zähen Widerstand Wilsons und Lloyd Georges hätte die Politik Clemenceaus zu Gebietsverlusten und Abtrennungen geführt, die das Reich in seiner Existenz überhaupt in Frage gestellt haben würden. Daran hatte vor allem England kein Interesse; und zwar einmal mit Rücksicht auf das kontinentale Gleichgewicht, zum anderen weil es in der Existenz eines intakten Staates in Mitteleuropa einen Schutz gegen die Gefahren einer revolutionären Expansion Sowjetrußlands sah.

Schon 1917 hatten die beiden Führer der bolschewistischen Revolution, Lenin und Trotzki, diese auf das durch den dreijährigen Krieg erschöpfte Deutschland und Österreich-Ungarn auszudehnen versucht. Sie hatten diesen Versuch beim Umsturz 1918 wiederholt, waren aber am entschiedenen Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert. Eine Industrialisierung Rußlands, als Voraussetzung für das Gelingen der Revolution, erschien damals nur aussichtsreich, wenn es über die hochqualifizierten Arbeitskräfte in Mitteleuropa und das deutsche Industriepotential verfügte. Vor allem hätte eine Bolschewisierung des Reiches oder auch nur seiner östlichen und mittleren Teile eine erhöhte Sicherheit für Sowjetrußland gegenüber etwaigen Angriffen des kapitalistischen Westens bedeutet und damit gleichzeitig Aussichten für eine Revolutionierung ganz Europas geboten. Bis 1923 versuchte man daher von Moskau her immer wieder, die Revolution in Europa, vor allem in Deutschland, zu entfachen.

Erst Stalin, der Nachfolger Lenins, hat weitgehend auf weltrevolutionäre Experimente verzichtet, um sich ganz auf die Konsolidierung der

neuen Herrschaftsordnung in Rußland und auf dessen wirtschaftlichen Aufbau zu konzentrieren. Auch in Deutschland hatte es außerhalb des kommunistischen Lagers kleine radikale konservative und militärische Kreise gegeben, die für eine Anlehnung an Sowjetrußland eintraten, teilweise unter Preisgabe westlichen Reichsgebietes, um später im Kampf gegen Polen und gegen den Westen mit russischer Hilfe das Reich wiederherzustellen. Diese romantischen Bestrebungen, deren Verwirklichung leicht auch zu einem Umsturz der Gesellschaftsordnung hätte führen können, fanden aber wenig Beachtung.

Die Weimarer Nationalversammlung stand vor der schweren Entscheidung, das Friedensdiktat mit seinen großen Gebietsverlusten, weitgehenden Einschränkungen der deutschen Souveränität und großen Be-

INHALT DIESER BEILAGE:

Theodor Eschenburg:

„Das Problem der deutschen Einheit nach den beiden Weltkriegen“

...

Die Opposition in der Sowjetzone am 17. Juni 1953 und heute“ (S. 361)

lastungen anzunehmen oder abzulehnen. Zum Teil erschienen diese Bedingungen unerfüllbar, so daß mit weiteren Repressalien gerechnet werden mußte. Die Opposition hatte es relativ leicht, geschlossen „nein“ zu sagen, aber der Gegensatz zwischen Annahme und Ablehnung ging mitten durch die drei Parteien der Regierungskoalition — Zentrum, Demokraten und Sozialisten — hindurch. Wenn es zweifelhaft sein mochte, wie weit England und Amerika bei etwaiger deutscher Ablehnung gehen würden, so war doch sicher, daß Frankreich auch allein die süddeutschen Staaten und das noch nicht okkupierte Gebiet des Westens, vor allem an der Ruhr, zu besetzen entschlossen war, um diese Länder und Provinzen, die es von aller Zufuhr absperren konnte, zum Sonderfrieden zu zwingen.

Der Reichspräsident Friedrich Ebert forderte die Opposition auf, die Regierung zu bilden und damit die Verantwortung für die Ablehnung zu übernehmen. Diese war unterdessen nur daran interessiert, sich ein Alibi zu schaffen, nicht aber bereit, das Risiko der Ablehnung zu über-

nehmen. Wenige Stunden, bevor am 23. Juni 1919 das Ultimatum ablief, einigten sich sämtliche Fraktionen auf eine gegenseitige Verpflichtung, wonach sie ausdrücklich anerkennen würden, daß die dem Vertrag Zustimmenden aus vaterländischer Pflicht gehandelt hätten. Indem der Vertrag dann mit einfacher Mehrheit angenommen wurde, war die Einheit des Reiches gerettet. Ein großer Teil der Opposition jedoch hat das gegebene Wort später nicht gehalten. Die Ja-Sager, die mit Zivilcourage durch ihre Abstimmung den Bestand des Reiches bewahrt hatten, wurden in gemeiner Weise diffamiert.

Deutschland hatte den Friedensvertrag von Versailles in der stillschweigenden Erwartung unterzeichnet, daß sich in der Praxis der Ausführung eine wesentliche Milderung der Bestimmungen erreichen lassen würde, während Frankreich auf die Gelegenheit hoffte, durch Verschärfung die abgelehnten Forderungen ganz oder zum erheblichen Teil durchzusetzen. In den Vereinigten Staaten verweigerte der Senat die Ratifizierung des Versailler Vertrages, und auch die von England und Amerika Frankreich zugesagte Garantie seiner neuen Ostgrenzen kam nicht zustande. Um so mehr glaubte Frankreich sich berechtigt, seine im Friedensvertrag nicht anerkannten Ansprüche, vor allem die Abtrennung der westlichen Gebiete vom Reich, nachträglich noch durchzusetzen. Dieser Gegensatz zwischen Deutschland, das die Erfüllung seiner Verpflichtungen hinauszuzögern oder sogar zu unterlassen trachtete, und Frankreich, das nach Rechtstiteln zur Steigerung seiner Ansprüche suchte, führte zu einer immer weiteren Zuspitzung der Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Sie erreichte im Januar 1923 den Höhepunkt mit Frankreichs Einmarsch in das Ruhrgebiet. Ganz Deutschland antwortete mit einem Aufschrei der Empörung. „Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß die Stimmung im ganzen Reich niemals seit August 1914 so einheitlich gewesen ist, wie in jenen Tagen“¹⁾. Die Reichsregierung verkündete den passiven Widerstand. Das bedeutete, daß die Deutschen an der Ruhr alle Dienst- und Sachleistungen in den Verkehrseinrichtungen, in den Bergwerken oder wo sonst immer es sei, für die Besatzungsmacht zu unterlassen und diesbezügliche Weisungen der Franzosen nicht zu befolgen hätten. Der Streik, in besonderer Form bisher ein soziales Kampfmittel, wurde zum Instrument der nationalen Verteidigung. Zwar kam es zu einer Reihe von Exzessen, die die radikalen Parteien von rechts und links angestiftet hatten, aber im allgemeinen wurde dieser passive Widerstand, vor allem von der Arbeiter- und Beamtenschaft, unter großen persönlichen Opfern diszipliniert durchgeführt. Die französischen Besatzungstruppen verschärften als Reaktion gegen diesen Widerstand ständig ihre Zwangsmaßnahmen. Der Widerstand der Deutschen und der französische Versuch, diesen zu brechen, steigerten einander. Eine mehr und mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit war die Folge, die in wachsendem Maße die Finanzen des Reiches in Anspruch nahm, was wiederum zu einem rapiden Absinken der Währung führte. Frankreich trennte durch eine Zollgrenze die Ruhr vom übrigen Reichsgebiet ab.

Aus Protest gegen die französische Aktion zog Amerika seine Besatzungstruppen aus dem Rheinland zurück, während England durch ein Krongutachten die Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung feststellte. Beide Staaten betrachteten mit Sorge eine Entwicklung, die durch die weitere Schwächung des Deutschen Reiches Frankreich zur beherrschenden Macht Europas machen mußte und Deutschland mit seiner sprunghaft steigenden Inflation in die Gefahr der Bolschewisierung hineintrief. Die französische Regierung unter Poincaré aber beharrte auf ihrem Standpunkt. Die Vereinigten Staaten waren zu einer Intervention aus isolationistischen Überlegungen nicht bereit, und England verfügte über keine Druckmittel gegenüber Frankreich. Dennoch hatte die fast neun Monate währende, waffenlose, imposante Demonstration an der Ruhr eine weltweite Wirkung. Frankreich konnte nicht wagen, über die Sicherung der produktiven Pfänder hinauszugehen. Hätte die Reichsregierung gegen die Besetzung in einer noch so nachdrücklichen Form protestiert, so hätte ein solcher Protest nicht die Aufmerksamkeit der Welt so zu erregen und zu fesseln vermocht, wie diese Aktion von

Millionen im Ruhrgebiet. Das Bedeutsame war ja weniger das Verbot der deutschen Regierung, für die französische Besatzungsmacht tätig zu sein, als vielmehr, daß dieses Verbot, das mit staatlichen Mitteln nicht hätte erzwungen werden können, freiwillig neun Monate lang befolgt worden ist.

Zwar wurde Frankreich durch den passiven Widerstand, der praktisch ein Generalstreik gegenüber der Besatzungsmacht war, um die wirtschaftliche Ausnutzung der Okkupation gebracht, aber Deutschland und das Ruhrgebiet drohten an diesem Widerstand zugrunde zu gehen. Am Tage des Ruhreinmarsches entsprachen 10 000 Reichsmark dem Wert eines Dollars, im September 1923 160 Millionen. Zu ungefähr gleicher Zeit kostete jede Woche passiven Widerstandes 350 Mill. Goldmark. Vergeblich hatte Stresemann, der seit August 1923 an Stelle des hilflosen Reichskanzlers Cuno die Führung der Reichsregierung übernommen hatte, einen Weg der Verständigung mit Poincaré zu finden versucht. Frankreich war erst nach bedingungsloser Aufgabe des passiven Widerstandes zu Verhandlungen bereit.

Am 26. September proklamierte die Reichsregierung die Einstellung des passiven Widerstandes. Aber damit war noch nicht die Reichseinheit gerettet, sondern im Augenblick nur der Zerfall Deutschlands verhindert. Unter dem Schutz und mit heimlicher Förderung der französischen Besatzungsmacht hatten sich im Rheinland und in der Pfalz separatistische Banden gebildet, deren Anhängerschaft an sich ganz klein war, die aber doch dank französischer Hilfe wirken konnten. Frankreich versuchte durch diese Gruppen, das Ziel der staatlichen Abtrennung des linken Rheinuferes von Deutschland zu erreichen.

Als Ende September und im Laufe des Oktober regelrechte Putschversuche stattfanden und Regierungen der „Rheinland-Republik“ proklamiert wurden, setzte sich die Bevölkerung leidenschaftlich zur Wehr. Die deutsche Polizei, die pflichtgemäß gegen diese Hoch- und Landesverratsaktionen vorging und die Bevölkerung vor diesem Bandenterror schützte, wurde von französischen Truppen entwaffnet und verhaftet. Die deutsche Regierung, deren Mitglieder nicht mehr das besetzte Gebiet betreten durften, war machtlos. Trotzdem gelang es den Separatisten nicht, sich an irgend einer Stelle wirksam und dauerhaft zu halten. Die separatistische Bewegung, die im Laufe des Jahres überall sonst zusammenbrach, behauptete sich noch eine kurze Zeit dank besonderer Protektion der französischen Truppen in der Pfalz. Als aber die englische Regierung durch eine Untersuchung Anfang 1924 öffentlich feststellte, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den Separatismus, der seine Existenz ausschließlich der offiziellen französischen Förderung verdankte, entschieden ablehnte, wurden auch die letzten Reste der Separatistenherrschaft liquidiert. Damit war die separatistische Bandenpolitik Frankreichs erledigt.

Dieser zähe Widerstand der Bevölkerung des Rheinlandes, mit all seinen Gefahren und Risiken, — 180 000 Deutsche hatte die französische Besatzungsmacht ausgewiesen —, verdient um so mehr Respekt, als in jenen Wochen die Existenz des Reiches selbst in Frage gestellt war. Die sprunghaft sich verschärfende Wirtschaftskrise und die von den Radikalen links und rechts geschürte politische Erregung führten zu fast anarchischen Zuständen. Bayern hatte sich von der Reichsgewalt zumindest formell gelöst — man sprach vom Marsch auf das „rote“ Berlin. In Sachsen und Thüringen bildeten die von Kommunisten beherrschten Regierungen eigene Streitkräfte und riefen zu Gewalttätigkeiten gegen die Reichswehr auf. Dadurch daß diese in Sachsen und Thüringen einrückte, schuf sich die Reichsregierung auch gegenüber Bayern Autorität und riegelte Mitteldeutschland gegen einen etwaigen Vorstoß gegenrevolutionärer Organisationen und Privatarmeen ab. Indem die Reichsexekution gegen Bayern, für die alle verfassungsmäßigen Voraussetzungen vorlagen, von Ebert und Stresemann bewußt unterlassen wurde, konnten sie den Bürgerkrieg vermeiden. Auch hier lag der Erfolg im Verzicht. Hitler, der beim Ruhreinmarsch der Franzosen im Münchener Bürgerbräukeller verkündet hatte: „Nicht nieder mit Frankreich, sondern nieder mit den Novemberverbrechern muß es heißen“, versuchte am 9. November einen Staatsstreich in München und proklamierte die Bildung einer Nationalregierung unter seiner Führung. Ein Gelingen seines Putsches oder ein ernsthafter Bürgerkrieg hätte

¹⁾ Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, 1. Bd., Zürich und Stuttgart 1954, S. 313.

damals den Bestand des Reiches in Frage gestellt. Frankreich brauchte einer gegenrevolutionären Regierung nur die Anerkennung zu versagen, um freie Hand in den besetzten Gebieten zu haben und damit dem Separatismus neuen Auftrieb zu geben. Die französische Okkupation hätte nachträglich vor der Welt ihre Rechtfertigung gefunden.

Mit der Niederwerfung des Hitlerputsches durch bayerische Polizei und Reichswehr war der Höhepunkt der Krise überschritten. Am 15. November wurde die Währung stabilisiert. Aber damit trat ein neues ernsthaftes Problem auf. Frankreich hatte auch nach der Aufgabe des passiven Widerstandes Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Wiederherstellung normaler Verhältnisse an der Ruhr trotz der intensiven Bemühungen Stresemanns abgelehnt. Das Ruhrgebiet blieb auch jetzt noch wirtschaftlich durch eine Zollgrenze vom Reich abgetrennt. Nach wie vor mußte das Reich durch seine Zuschüsse die Not der Arbeitslosen im Ruhrgebiet lindern. Die Währungsstabilisierung aber ließ sich nur durchhalten, wenn die Notenausgabe gerade im Anfang mit äußerster Strenge kontrolliert wurde. Die hohen Zuwendungen an das Ruhrgebiet konnten sonst in kurzer Frist zu einer neuen Inflation führen. Die Einstellung der Reichshilfe andererseits aber mußte das Rhein-Ruhr-Gebiet in die Verelendung und zum Chaos treiben, es sei denn, daß sich dieses Gebiet durch Schaffung einer selbständigen Währung, die wiederum eine vom Reich unabhängige Wirtschaftspolitik bedingte, selbst half. Das aber hätte den Anfang einer staatlichen Loslösung des Rhein- und Ruhr-Gebietes vom Reich bedeutet.

Konrad Adenauer berichtet selber, daß schon 1919 führende Kreise in Köln die ernste Sorge gehabt hätten, ob das Rheinland dem Druck Frankreichs, dieses Gebiet vom Reich abzutrennen, auf die Dauer würde standhalten können.²⁾ Nun war diese Gefahr, wenn auch in anderer Form, aber sehr viel akuter, erneut aufgetreten. Als die Reichsregierung im Oktober erfuhr, daß im Westen Überlegungen über die Schaffung einer eigenen Währung angestellt würden, trafen der Reichskanzler Stresemann und einige Minister in Hagen, das an der Grenze des Besatzungsgebietes lag, mit führenden Männern aus dem besetzten Gebiet zusammen. Auf dieser Sitzung scheint auch von einigen der Plan einer selbständigen Rhein-Ruhr-Währung vertreten worden zu sein. Stresemann hat mir im Mai 1929 erzählt, daß er, der an sich sehr temperamentvoll und energisch war, sich mit letzter Aufbietung seiner Kräfte auch nur die Erörterung eines solchen Planes verbeten habe; danach wäre von diesem nicht mehr die Rede gewesen, er selbst aber infolge dieser über seine Kräfte hinausgehenden psychischen und physischen Anstrengungen ohnmächtig zusammengebrochen, so daß er aus der Sitzung hätte herausgetragen werden müssen.

Der November 1923 war der kritischste Monat. Eine Entscheidung zwischen Sicherung der Reichswährung unter Duldung einer Loslösung der besetzten Gebiete vom Reich oder der Aufrechterhaltung der Reichshilfe für Rhein und Ruhr unter erneuter Gefährdung der eben geschaffenen Marktstabilisierung schien unausweichlich zu sein.

Der französische Hochkommissar Tirard, der Prokonsul der französischen Regierung im besetzten Gebiet, war zu Verhandlungen über die Wiederankurbelung der Ruhrwirtschaft nur bereit, wenn dem Sicherheitsbedürfnis des französischen Volkes durch einen selbständigen Rhein-Ruhr-Staat Rechnung getragen würde. Die französische Generalität und hohe Bürokratie hatten sich in der Gesellschaft ihrer separatistischen Söldlinge nie recht wohl gefühlt. Nunmehr versuchte Frankreich unter Ausnutzung der akuten Wirtschaftskrise an Rhein und Ruhr, das alte Ziel auf scheinbar legalem Wege zu erreichen. Zahlte das Reich weiter an die Ruhr, so konnte es die Stabilisierung der Währung nicht durchhalten, also auch keine Reparationen leisten, was Frankreich den formalen Rechtstitel gab, das Ruhrgebiet als Pfand zu behalten; stellte aber das Reich seine Zuwendungen ein, dann war das westliche Industriegebiet auf französisches Entgegenkommen angewiesen. Die Vertreter von Rhein und Ruhr sollten die Abtrennung anbieten, dann wäre Frankreich auch vor der Welt gerechtfertigt gewesen. Das Reich

stand vor der schicksalsschweren Entscheidung des Miteinander oder Nebeneinander, das leicht zu einem Auseinander führen konnte. Der Sitzung in Hagen folgten weitere dramatische Auseinandersetzungen. In dieser höchst kritischen Situation wurde Stresemann aus Gründen, die mit den Westproblemen in keiner Weise zusammenhingen, im November 1923 vom Reichstag gestürzt — ein Zeichen dafür, daß die drohende Gefahr in weiten Kreisen des Parlaments überhaupt nicht erkannt worden war.

Berlin rang mit dem Gedanken einer vorübergehenden Abtrennung. Man bezeichnete hier das besetzte Gebiet als den „Mühlstein, der das unbesetzte Deutschland in den Abgrund ziehe“. Dennoch hielt sich in der Hauptstadt eine unerschütterliche, fast fatalistische Zuversicht, ohne daß im Augenblick eine wirklich rettende Lösung gesehen wurde. Im Westen wurden von maßgebenden Persönlichkeiten Verhandlungen über die Errichtung eines „rheinischen Bundesstaates“ unter Lösung — allerdings nur — von Preußen, aber mit internationaler Gendamerie, selbständigem Gesandtschaftsrecht, nur loser Vertretung im Reichsrat und eigener Währung als einzig gangbaren Ausweg geführt.³⁾ Aber auch an Rhein und Ruhr wollte man sich zu dem entscheidenden Schritt nur entschließen, wenn das Reich die Verantwortung übernehme, indem es seine Hilfe einstellte. Die Zahlungen Berlins an den Westen wurden jeweils kurzfristig prolongiert. Keiner wagte den endgültigen Schritt oder dem anderen zu einem solchen den Anstoß zu geben. Deutschland stand wieder vor einer ebenso schicksalsschweren Entscheidung wie im Juni 1919. Weder Berlin noch der Westen wollten die Trennung um ihrer selbst willen, sondern suchten in einem Höhepunkt der Krise nach einer rettenden Lösung. Die damals erwogenen und vielleicht auch vorbereiteten Pläne einfach zu verdammen, besteht kein Anlaß, sie zeigen nur den ganz außerordentlichen Ernst der Situation jener Monate.

Die wirtschaftliche und finanzielle Konsolidierung des Reiches machte indessen schnellere Fortschritte als die Beratung über die Bildung des rheinischen Bundesstaates. Vor allem besserte sich dank der Energie des Reichsfinanzminister Luther die Finanzlage des Reiches unerwartet in so kurzer Frist, daß der Bevölkerung des besetzten Gebietes weiter geholfen werden konnte. An der Jahreswende 1923/24 war auch diese lebensgefährliche Krise im wesentlichen überwunden. Diplomatische und finanzielle Hilfe des Auslandes hatten wesentlich dazu beigetragen. Belgien distanzierte sich von der französischen Separationspolitik, England intervenierte gegen sie. Amerika machte auf Antrag der deutschen Regierung den Vermittlungsvorschlag einer sachverständigen Feststellung der deutschen Reparationsleistungen. Die Ruhrindustrie schloß ein Abkommen mit der französischen Regierung, wodurch zwar das besetzte Gebiet zunächst zu einer Reparationsprovinz Frankreichs wurde, aber die Wirtschaft wieder angekurbelt werden konnte, ohne daß die staatliche Zugehörigkeit dieses Gebietes zum Reich in Frage gestellt wurde. In Frankreich war als Folge der Wahlen im Frühjahr 1924 die Regierung des nationalen Blockes unter Poincaré gestürzt worden und an deren Stelle eine Linksregierung unter Herriot getreten, die nunmehr endgültig das Ziel einer Reichsteilung aufgab. Das deutsche Volk ist sich damals dieser großen Gefährdung der Reichsexistenz ebensowenig bewußt gewesen, wie es die bedeutsame Leistung ihrer Meisterung erkannt hat.

Im Sommer 1924 verpflichtete sich Frankreich im Rahmen eines Reparationsvertrages zwischen den Alliierten und Deutschland, der für das Reich eine schwere finanzielle Belastung darstellte, binnen Jahresfrist das Ruhrgebiet zu räumen, Frankreich unterließ alle separatistischen Bestrebungen. Der Kalte Krieg im Westen war beendet. 1919 bis 1924 — fünf Jahre lang — hatte das Reich um seine äußere und innere Existenz gerungen. Es hatte den zähen und harten Kampf mit Frankreich um seine westlichen Gebiete bestanden. Erst jetzt begann der Friede.

2) Paul Weymar, Konrad Adenauer, Die autorisierte Biographie, München 1955, S. 72 f.

3) Vgl. dazu: Paul Wentzcke, Ruhrkampf, Einbruch und Abwehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Berlin 1923, 2. Bd., S. 289 f.

Die Aufteilung Deutschlands unter dem Druck Stalins

Wer in Deutschland einen neuen Krieg wagte, mußte sich bewußt sein, daß er die schon im ersten Weltkrieg umkämpfte Existenz des Reiches aufs Spiel setzte und vor allem jene Gebiete erneut gefährdete, die in den Versailler Verhandlungen nur dank englischer und amerikanischer Anstrengungen Deutschland verblieben waren. Hitler hat den zweiten Weltkrieg provoziert, vor dem die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes nach den Erfahrungen des ersten mit Recht größte Sorge hatte. Er hat zunächst diesen Krieg ohne Zwangslage und ohne schicksalsmäßige Notwendigkeit verschuldet. Selbst die in Versailles festgelegte Ostgrenzregelung, die Polen im Jahre 1939 bis zu einem gewissen Grade zu modifizieren bereit war, ist national nicht so unerträglich gewesen, daß sie auch nur einen isolierten Krieg gegen Polen gerechtfertigt hätte. Zudem stellte dann Hitler durch den Angriff auf Sowjetrußland von sich aus für Deutschland die Situation des ersten Weltkrieges, die des Mehrfrontenkrieges, her. Er zwang die in einem scharfen gesellschaftspolitischen Gegensatz zueinander stehenden Mächte, Sowjetrußland einerseits, England und Amerika andererseits, zur Bundesgenossenschaft gegenüber Deutschland. — Aus dieser Allianz ging als erste Belastung der deutschen Einheit die Abgrenzung der Besatzungszonen hervor. Im Herbst 1944 einigten sich die drei Mächte auf die gleiche Zoneneinteilung, die nach der bedingungslosen Kapitulation durchgeführt wurde, ohne große Schwierigkeiten. Da weiterhin eine Zerlegung Deutschlands in mehrere, voneinander unabhängige Staaten geplant war, hatte man anfänglich der Besatzungszoneneinteilung lediglich militärische und organisatorische, aber keine politische Bedeutung beigemessen. Die Aufteilung Deutschlands, über die man sich nur im Prinzip, nicht aber bezüglich der konkreten Regelung einig war, sollte ein künftiger Friedensvertrag, der nicht sofort nach Kriegsende, sondern erst nach sorgfältiger Vorbereitung abgeschlossen werden sollte, regeln. Daß die nur als Provisorium gedachte Besatzungszonenabgrenzung die Entwicklung und Gestaltung Deutschlands entscheidend beeinflussen würde, ist wohl zum mindesten von den westlichen Vertretern damals noch nicht erkannt worden.

Bei den Vorbereitungen einer künftigen Waffenstillstands- und Friedensregelung, aber auch bei der strategischen Kriegsplanung standen die westlichen Alliierten unter einem starken Druck Stalins. Allein schon die Drohung mit einem Sonderfrieden mit Deutschland war in den Händen der Russen ein taktisches Druckmittel gegenüber den westlichen Alliierten.

Hitler hingegen hoffte, daß Amerika und England, je weiter die russischen Truppen nach Westen vorstießen, desto eher sich zu einem Separatfrieden mit ihm bereit finden würden, wodurch er freie Hand im Osten erhalten hätte. In Verfolg dieser völlig illusionären Politik schwächte er trotz des Vormarsches der Russen noch im Winter 1944 die östliche Front und zog Truppen an die westliche. Unheimlich bedrohend für die Existenz des Reiches war dieses Zusammenwirken der gegensätzlichen Politik Stalins und Hitlers: Während Hitler den Russen den Vormarsch erleichterte, hinderte Stalin durch seine Druckmittel die Westalliierten daran, nach Osten vorzudringen. Daß die Westmächte die Ausdehnung der russischen Besatzungszone bis tief nach Mitteldeutschland hinein schon 1944 dulden mußten, daß die Russen überhaupt so weit vordringen konnten, war zum guten Teil eine Folge der Hitlerischen Strategie und Politik.

Weiterhin gerieten die Westmächte bei der Friedensvorbereitung insofern in ein Dilemma, als Rußland 1939 einen Teil Polens, um dessen Sicherung willen England und Frankreich in den Krieg getreten waren, annektiert hatte. Dies war mit Zustimmung Hitlers geschehen. Aber die beiden Mächte, die damals erneut Polen geteilt hatten, waren 1941 zu Gegnern geworden. Der Sieger Rußland bestand daher auf seinem Anteil, wofür Polen durch das besiegte Deutschland entschädigt werden

sollte. Auf dieses Prinzip einigten sich die drei alliierten Regierungschefs in Teheran und Jalta.

Nur widerwillig hatte Stalin auf Drängen Roosevelts und vor allem Churchills einer Beteiligung Frankreichs an der Besetzung Deutschlands zugestimmt. Er bestand aber darauf, daß die französische Besatzungszone aus dem den Westmächten vorbehaltenen Gebiet gebildet werde. Frankreich war indessen mit der vorgesehenen Einteilung der westlichen Zonen keineswegs zufrieden. Es konnte zwar das Saarland besetzen, erhielt aber nur einen kleinen Teil des rechtsrheinischen Gebietes, den größeren und industriell sehr viel wichtigeren Teil behielt sich England vor, das sich dabei vielleicht auch von den Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg und der Ruhrbesetzung leiten ließ. In der Gegenwehr gegen solche Beschränkungen hatte General de Gaulle schon Ende 1944 Stalin vorgeschlagen, daß die neue Grenze Deutschlands im Osten die Oder, im Westen der Rhein sein sollte. Nur so seien Frankreich und Rußland vor einem Angriff Deutschlands gesichert. Auf Grund der Erlebnisse des zweiten Weltkrieges erschienen den Franzosen rückblickend die Politik Clemenceaus, seine Forderung der Abtrennung des linken Rheinuferes vom Reich, und Poincarés Politik der Ruhrbesetzung als gerechtfertigt, während Frankreich durch die Verständigungspolitik Herriots und Briands um seine Sicherung gebracht worden sei.

Schon im März 1945, also noch vor der deutschen Kapitulation, übertrug Stalin die Gebietshoheit über die von russischen Truppen besetzten deutschen Gebiete ostwärts der Oder- und Neißeinie, die gemäß den interalliierten Abmachungen Teile der russischen Besatzungszone waren, der provisorischen polnischen Regierung, die dieses Gebiet sofort in fünf Woiwodschaften gliederte. Zudem unterstellte er das nördliche Ostpreußen um Königsberg der sowjetischen Herrschaft. Das war eine defacto-Annexion. Auf der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 stellte Stalin so den neuen amerikanischen Präsidenten Truman und Churchill, sowie später dessen Nachfolger Attlee, vor vollendete Tatsachen. Zwar lehnten die angelsächsischen Staatsmänner eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ab und behielten die Grenzregelung ausdrücklich einem künftigen Friedensvertrag vor. Zunächst mußten sie jedoch das Provisorium hinnehmen. Weder Truman noch Churchill oder Attlee hätten damals eigene Truppen gegen Polen, das von Deutschen überfallen und von diesen im wahrsten Sinne des Wortes versklavt worden war, marschieren lassen können, um deutsches Gebiet vor polnischer Herrschaft zu retten. Das wäre in der ganzen westlichen Welt empört abgelehnt worden. In dieser allerersten Nachkriegszeit dachte man noch kaum in den Vorstellungen des künftigen weltweiten West-Ost-Konfliktes.

Nach der Abtrennung des Oder-Neiße-Gebietes von Deutschland hatten die Russen kein Interesse mehr an Deutschlands Zerstückelung. Der Kreml hatte seine territorialen Ziele durchgesetzt. Um sich aber einen möglichst hohen Anteil an den Reparationen, die Stalin auf 20 Milliarden Dollar veranschlagt hatte, von denen er selbst die Hälfte beanspruchte, und an politischem Einfluß zu sichern, wurde er nunmehr zum Gegner jeder weiteren Aufteilung. Vor allem hätte die Bildung eines selbständigen Rhein-Ruhr-Staates, wie sie Frankreich forderte und damals auch Amerika erwog, Sowjetrußland um seine Beteiligung an der vorgeschlagenen gemeinsamen Verwaltung und Ausnutzung der Ruhrindustrie gebracht. Amerika hielt zwar prinzipiell den Plan einer Aufteilung noch aufrecht, drängte aber infolge der neuen Haltung Rußlands im Augenblick nicht mehr auf Konkretisierung. England, das in der Zerstückelung Deutschlands nur eine ultima ratio gesehen hatte, hielt sich zurück. Die formelle Erhaltung der Einheit war für Rußland zunächst um so ungefährlicher, als es keine deutsche Staatsgewalt mehr gab.

Die Ostzone - Reparations- und Sicherheitskolonie der Sowjetzone

Hitler hatte vor seinem Selbstmord testamentarisch dem Großadmiral Dönitz die Regierungsgewalt übertragen, der von Flensburg aus nunmehr versuchte, die Front im Osten zu halten, damit die deutschen Truppen sich den Westalliierten ergäben und möglichst nicht in russische Kriegsgefangenschaft gerieten. Vierzehn Tage lang hielt sich Dönitz' Regierung. Die Amerikaner und vor allem die Engländer schienen nicht abgeneigt zu sein, sie zu belassen, und verhandelten mit ihr. Die Russen drängten vehement auf Absetzung dieser Regierung, weil sie eine Zusammenarbeit zwischen ihr und den Westalliierten befürchteten, ebenso die Franzosen, weil sie in ihr einen Ansatz zur Erhaltung der staatlichen Einheit Deutschlands sahen. Am 23. Mai wurden Dönitz und seine Minister von den Engländern gefangengenommen. Da Hitler über die gesamte Staatsgewalt verfügt und sie dann Dönitz übertragen hatte, war Deutschland mit dem Moment der Gefangennahme regierungslos. Vielleicht hätte das vermieden werden können, wenn Dönitz gleich eine neue Regierung aus zuverlässigen Demokraten gebildet hätte und selbst abgetreten wäre.

Zwar schlugen Churchill und Stalin auf der Potsdamer Konferenz eine Zentralverwaltung unter Aufsicht eines interalliierten Kontrollrates vor, aber Truman wollte vor Abschluß eines Friedensvertrages von einer solchen Einrichtung nichts wissen. Es blieb daher bei der Regelung, die schon im Juni von den Alliierten getroffen worden war. Die oberste Staatsgewalt lag in den Händen der vier Oberbefehlshaber Amerikas, Englands, Frankreichs und Rußlands, die sie auf Anweisung ihrer Regierungen ausübten — und zwar jeder in seiner eigenen Besatzungszone und alle gemeinsam in allen Angelegenheiten, die Deutschland als Ganzes betrafen. Die vier Oberbefehlshaber bildeten den Kontrollrat, dessen Entscheidungen einstimmig getroffen werden mußten. Das bedeutete, daß jeder alliierte Staat innerhalb seiner Zone praktisch unumschränkt herrschen konnte, denn er brauchte nur gegen eine seine Macht einschränkende Regelung des Kontrollrates zu stimmen, um ihr Zustandekommen zu verhindern. Aus dem Deutschen Reich war ein Kondominium, ein Zonenbund geworden. Durch die Vorschrift der Einstimmigkeit wurde dem Kontrollrat zudem praktisch die Regierungsgewalt, die ihm durch Vertrag zugesprochen war, wieder genommen; er war nur eine interalliierte oberste Koordinierungsstelle. So bot der Kontrollrat, allein schon durch seine Konstruktion, nicht die Gewähr für eine Erhaltung der Einheit Deutschlands, wohl aber die Möglichkeit zu deren Auflösung. In Österreich, das auch in vier Besatzungszonen aufgeteilt war, konnte der Kontrollrat ebenfalls nur einstimmig entscheiden; aber hier bestand im Unterschied zu Deutschland von Anfang an eine Regierung. Über die Wiederherstellung eines unabhängigen österreichischen Staates hatten sich die Alliierten schon 1943 geeinigt. Die Russen setzten daher sofort nach dem Einmarsch in Wien eine Regierung unter dem Sozialdemokraten Karl Renner ein. Sie hatte eine — wenn auch beschränkte — Entscheidungsfreiheit, die der Kontrollrat nur durch ein einstimmiges Veto von Fall zu Fall einengen konnte. In Österreich wirkte die Vorschrift der Einstimmigkeit als Schutz gegen partikuläre Interessen der Zonenbefehlshaber, weil eine Regierung existierte, in Deutschland wirkte dieselbe Vorschrift als Förderung des Zonenpartikularismus, weil eine Zentralregierung fehlte.

Daß ein Staat nach Kriegsende durch die Truppen mehrerer Staaten militärisch besetzt wurde, war vor allem in den letzten anderthalb Jahrhunderten in Europa häufiger vorgekommen, so in Frankreich 1814/15, in den Herzogtümern Schleswig und Holstein 1864 - 1866 und in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg. Aber stets hatte es sich bei den Okkupationsmächten um Staaten gleicher oder verwandter Gesellschaftsordnung gehandelt, und diese hatten sich bei der Besetzung auf militärische Angelegenheiten beschränkt, nicht aber die Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt selbst ausgeübt — außer wenn es sich um die Sicherung ihrer Truppen gehandelt hatte. An den Eigentumsverhältnissen der französischen Schloßherren 1814/15, der schleswig-holsteinischen Bauern 1864 oder der rheinischen Fabrikanten in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts hatte sich durch die jeweilige Okkupation nichts geändert. Selbst wenn ein Gebiet von einem auf einen anderen

Staat übergegangen war — z. B. im Fall der Annexion Elsaß-Lothringens durch Deutschland 1871 und wiederum durch Frankreich 1918/1919 —, so hatte sich dadurch an dem persönlichen und wirtschaftlichen Status der Einwohner in diesen Gebieten so gut wie gar nichts geändert. Zum ersten Male hatten die Sowjetrussen bei der Annexion der baltischen Länder die dort bestehende Wirtschaftsordnung umgestürzt und sie der eigenen angeglichen.

Die Besetzung Deutschlands seit dem Frühjahr 1945 unterschied sich von allen vorhergehenden Okkupationen dadurch, daß an ihr Staaten gegensätzlicher Gesellschafts- und Verfassungsordnung beteiligt waren. Das wäre an sich noch nicht so bedeutsam gewesen, wenn — wie im Falle Österreich — eine deutsche Regierung bestanden hätte und sich die Okkupation auf Sicherungszwecke beschränkt hätte. In Deutschland war aber nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus ein Herrschaftsvakuum entstanden. Die sowjetische totalitär-staatskapitalistische Macht füllte in ihrer Zone dieses Vakuum ihrer Vorstellungswelt entsprechend aus, während die demokratischen Staaten des Westens in ihren Besatzungszonen eine neue Ordnung nach ihren Prinzipien schufen. Wie hätte man von einem russischen Funktionär verlangen können, daß er im besiegten und besetzten deutschen Gebiet nach anderen Grundsätzen regieren und verwalten sollte als denjenigen, die er bisher nicht nur angewandt, sondern die ihm durch Propaganda und Schulung als die allein wahren und gültigen eingehämmert worden waren? So bildete sich durch diese besondere Konstellation in Verbindung mit der zentrifugal wirkenden Konstruktion des Kontrollrates trotz der gemeinschaftlichen Bestätigung der deutschen Einheit durch die Weltmächte auf der Potsdamer Konferenz eine Tendenz zur Teilung Deutschlands in zwei gegensätzliche Staats- und Gesellschaftsordnungsbereiche heraus. Der Herrschaftsgrundsatz des Augsburger Religionsfriedens von 1555: „cuius regio, eius religio“ kam — wenn auch auf völlig veränderter Grundlage — wieder zur Geltung.

Zum Unterschied von den westlichen Besatzungsmächten verfügten die Russen in allen von ihnen okkupierten Gebieten über eine ihnen unbedingt ergebene, straff disziplinierte, einheimische Anhängerschaft, von der ein Teil als Emigranten während des Krieges in die Sowjetunion geholt und hier geschult worden war. Die Anhängerschaft leistete den Russen dieselben Dienste, wie sie die Separatisten in den zwanziger Jahren im Rheinland den Franzosen geleistet hatten, aber mit dem Unterschied, daß die einheimischen Kommunisten zum guten Teil aus Idealismus zu handeln glauben und durch intensive Schulung einheitlich ausgerichtet waren. Außerdem konnte die russische Besatzungsmacht ihre Anhängerschaft mit einem unvergleichlich stärkeren Einsatz schützen und stützen. Ihr Wirken war daher wesentlich umfassender und intensiver. Auch für den nichtrussischen Kommunisten — der in weltrevolutionären Vorstellungen erzogen war und dachte — hatten die Verpflichtungen gegenüber der Moskauer Parteizentrale den absoluten Vorrang vor allen anderen, also auch vor nationalen und religiösen Bindungen. Antirussische Haltung war zugleich antikomunistisches Verhalten und umgekehrt. In keinem Land der Welt war bis 1945 eine kommunistische Ordnung auf demokratischem Wege durch Wahlen und Abstimmungen, die von den Kommunisten als politisches Willensbildungsverfahren abgelehnt wurden, entstanden. Das einzige Land, in dem den Russen vor 1945 eine Revolution von innen her gelungen ist, war die äußere Mongolei — und auch hier nur infolge der Schwäche Chinas.

Als die Sowjetrussen zum ersten Male — abgesehen von Polen 1920/1921 — seit der Revolution von 1917 in ein nichtrussisches und nichtkommunistisches Land einmarschiert waren, nämlich in Finnland, hatten sie gleich nach Überschreiten der Grenze eine aus Einheimischen gebildete kommunistische Regierung eingesetzt, d. h. sie hatten die staatlich-militärische Aktion mit der von ihnen ebenfalls gesteuerten revolutionären Bewegung parallel geschaltet. Nur infolge des hartnäckigen Widerstandes der finnischen Armee hatten sie darin keinen Erfolg.

In den okkupierten Staaten setzten sie nunmehr ihre einheimischen Anhänger in die administrativen Schlüsselpositionen ein und rollten von hier aus die antikommunistischen Kräfte auf. Das geschah unter Hilfestellung der roten Armee aber auch durch eine unbedingt ergebene, der russischen Kontrolle und Strafgewalt unterstehende „fünfte Kolonne“, so daß Kolonialregime und Sowjetisierung folgten, auch da, wo die völkerrechtliche Selbständigkeit formal erhalten blieb. Durch die gewaltsame Wandlung des gesellschaftlichen Milieus erreichten die Russen zugleich, daß alle Einflüsse westlicher Art, der sonst die streng und einseitig geschulte Gesinnung ihrer Okkupationsarmee ausgesetzt wäre, beseitigt wurden. Für Sowjetrußland war ein Gebiet mit westlich orientierter Gesellschaftsordnung innerhalb seines Herrschaftsbereiches ein Fremdkörper und als solcher ein Gefahrenherd. Mochten bei dieser für westliche Vorstellungen völlig neuartigen kombinierten Okkupations- und Annexionspolitik der Sowjetrussen weltrevolutionäre Tendenzen eine Rolle spielen, mochte die Eigengesetzlichkeit des Wirkens der sowjetischen Besatzungsherrschaft zusammen mit den einheimischen Kommunisten den gesellschaftlichen Umschaltungsprozeß angeregt und gefördert haben: das Entscheidende für Moskau war die Dauerbeherrschung eines weiten Vorlandes des altrussischen Bereichs. Sie sollte gesichert werden durch die Zerstörung der alten und die Privilegierung einer neuen Oberschicht, die auf Gedeih und Verderb mit den fremden Eroberern verbunden war. Das hatte in anderen Formen auch früher in der Geschichte sich ereignet; neu war seit der russischen Revolution die unbedingte und totale ideologische Ergebenheit von Angehörigen eines Staates gegenüber der Regierung eines anderen.

Unter diesen Voraussetzungen durfte Rußland hoffen, seine Machtstellung im weitesten Umfang sicherzustellen und frühere Rückschläge zu vermeiden. „Immer wieder hatten die Westmächte Rußland aus Europa herauszudrängen versucht. Nach den Kriegen gegen Napoleon hatten Österreich, Preußen und England Rußland den Einfluß streitig gemacht, den es durch den Krieg in Europa gewonnen hatte. Genau so hatten sie sich nach dem Frieden von San Stefano (1878) gegen Rußland zusammengetan, um ihm die Herrschaft über den Balkan auf dem Berliner Kongreß im Jahre 1878 mit vereinten Kräften zu entreißen“⁴⁾. 1917 war in Brest-Litowsk die europäische Grenze durch die Abtrennung Finnlands, der baltischen Länder und Polens nach Osten in den bisher russischen Bereich vorgedrängt worden. 1918 hatten die Westmächte Randgebiete Rußlands mit Hilfe der russischen Gegenrevolutionäre besetzt, um sie zu militärischen, vielleicht sogar zu kolonialartigen Stützpunkten auszubauen, aus denen die bolschewistische Regierung sie nur unter großen Opfern hätte vertreiben können. Es folgte der „cordon sanitaire“, und dann gab endlich Hitler Moskau im August 1939 die Möglichkeit einer Revision der Grenzziehung von 1917, zwei Jahre später aber widerrief er sie nicht nur, sondern war tief in russisches Gebiet eingedrungen, um es zu behalten. Jetzt wollte Stalin Rußland eine dauerhafte Sicherheit schaffen und zu erhalten suchen. Die gesellschaftliche Gleichschaltung gelang den Russen zunächst in Finnland nicht, dessen Besetzung die westlichen Alliierten nicht zuließen, und dessen demokratische Widerstandskräfte sehr stark waren. Ebenso wenig glückte sie in der Tschechoslowakei, dem einzigen der Nachfolgerstaaten, der seine demokratische Staatsordnung bis 1939 erhalten hatte und in dem sich dank seiner demokratischen Tradition 1946 zunächst eine echte Koalitionsregierung gebildet hatte, in der die Kommunisten indessen als relativ größte Partei saßen. Auch in Österreich, an dessen Besetzung die drei anderen Alliierten beteiligt waren, vermochten die Russen ihre Gleichschaltungspolitik nicht zu verwirklichen, zumal dort eine einheimische Regierung bestand, in der die Kommunisten die weit- aus kleinste Partei darstellten.

Vielfältigerer Methoden bedurfte es für die Russen in Deutschland. Hier hatten sie nicht einen geschlossenen Staat okkupiert, sondern nur ein — wenn auch relativ großes — Teilgebiet, und sie waren an Abmachungen mit den Westalliierten gebunden. Zunächst versuchten sie über die Kommunisten der Ostzone eine Verständigung mit der Sozialdemokratie, die als erste schon im Herbst 1945 eine gesamtdeutsche Organisation gebildet hatte. Der Zweck war, einen Zusammenschluß beider

Parteien in allen vier Zonen herbeizuführen. Dies scheiterte aber an dem entscheidenden Widerstand der westdeutschen Sozialisten unter Kurt Schumacher. Die Gefahren freier Wahlen für eine allein-stehende kommunistische Partei hatten die Sowjets bei den österreichischen Wahlen im November 1945 erkannt, wo die Kommunisten von 165 Mandaten nur 4 erhalten hatten. Die klare Absage der Sozialdemokratie war die erste Bekundung eines deutschen politischen Willens, der die Freiheit der Entscheidung den russischen Einheitsparolen vorzog. Die deutsche Sozialdemokratie war seit 1919 nicht immer der vehementeste und radikalste, wohl aber der beharrlichste Gegner des russischen Kommunismus gewesen. Sie war daher auch wegen ihrer Anhängerschaft der gefährlichste Widersacher Moskaus. Eine Vorherrschaft der Sozialdemokratie, die bei freien Wahlen in der Ostzone — vor allem nach den zahllosen Grausamkeiten, die die Russen beim Einmarsch und in der ersten Zeit der Okkupation verübt hatten, — zu erwarten war, hätten die Russen bei ihren Bindungen gegenüber den Westalliierten nicht ohne weiteres korrigieren können. Der Zusammenschluß zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) wurde daraufhin in der Ostzone allein unter starkem Druck herbeigeführt und die Sozialdemokratische Partei dort verboten. Die Folge dieser Zwangsfusion und der bei ihr angewandten Terrormethoden war eine Degradierung auch der beiden anderen Parteien, der CDU und LPD — was diese nicht sogleich erkannten — zu Satellitenparteien der SED.

Die Zwangsfusion stellte die erste Etappe der sowjetischen Teilungspolitik dar. Die Ostzone nannte sich zwar seit 1949 Deutsche Demokratische Republik und erhielt formell erhebliche Selbständigkeiten zugebilligt, aber sie blieb eine russische Kolonie. Es gibt keinen hohen deutschen Funktionär in der sowjetischen Besatzungszone, der seine Macht von einer von den Russen unabhängigen deutschen Organisation ableiten könnte. 1947 setzte die Besatzungsmacht einen deutschen Volkskongreß ein — ein von ihr ernanntes Scheinparlament; dieses wurde 1948 durch einen auf gleiche Weise gebildeten zweiten Volkskongreß abgelöst. 1949 wurde ein dritter Volkskongreß auf Grund einer von der SED präsentierten Einheitsliste gewählt. Diese Wahl ergab 8 Millionen Stimmen für und 4 Millionen gegen die Liste. Um die Wiederholung einer solchen Blamage zu verhindern, fanden die Wahlen zur Volkskammer, dem Parlament der DDR, im Jahre 1950 „offen“ statt mit dem Erfolg, daß 93 % für die Einheitsliste stimmten.

Ein besonderes Mittel der Unterdrückung aller unbequemen Selbständigkeit, das die Sowjetzone erfuhr und das über sie hinausgriff, ist die Deportation. Der politische Menschenraub aus West-Berlin ist den sowjetischen Organisationen durch öffentliche Gerichtsverhandlungen in mehreren Fällen einwandfrei nachgewiesen und wird jetzt durch die Rückkehr zahlreicher von der Sowjetmacht aus politischen bis in die jüngste Zeit nach Sibirien Deportierter bestätigt. Solange eine herrschende kommunistische Richtung besteht, und solange es keinen wirksamen Rechtsschutz gibt, der die Existenz einer öffentlichen Meinung zur Voraussetzung hat, werden die Kommunisten die Deportation nach Bedarf fortsetzen.

Was die wirtschaftlichen Methoden betrifft, so hätte die Bodenreform, die Aufteilung aller 100 ha übersteigenden Güter, mit der die Russen schon vor der Zwangsfusion begonnen hatten, die in Potsdam vorgesehene Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit wohl erschwert, jedoch nicht unmöglich gemacht. Die Sowjetisierung der gewerblichen Wirtschaft, die Enteignung und die zentrale Planwirtschaft, die nach der Zwangsfusion einsetzten und stufenweise im Wege einer kalten Revolution durchgeführt wurden, veränderten jedoch die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Mitteldeutschlands so grundlegend, daß praktisch die Potsdamer Regelung dadurch aufgehoben wurde. 1946/47 wurde die Sowjetzone hermetisch gegen die drei Westzonen abgeschlossen. Diese administrative, politische und wirtschaftliche Abtrennung Mitteldeutschlands von Westdeutschland diente nicht nur der Sowjetisierung und dem russischen Sicherheitsbedürfnis, sondern sie war auch die unerläßliche Voraussetzung für die sowjetische Ausbeutung der Ostzone. Da Rußland 10 Milliarden Dollar Reparatio-

4) J. Deutscher, Die Geschichte des modernen Rußland, Stuttgart 1951, S. 502.

nen⁵⁾ in Form von Sachleistungen beanspruchte und dieser Anspruch im wesentlichen aus Leistungen seiner Zone befriedigt werden mußte, übernahm der Gläubiger die Wirtschaft in eigene Regie. Er konnte auf diese Weise bestimmen, was von dem Ertrag für den unbedingt notwendigen Lebensunterhalt der die Reparationsgüter herstellenden Bevölkerung und die üppigere Versorgung des deutschen Aufsichtsapparates, sowie für den in totalitären Gebieten unerläßlichen Propagandaaufwand übrig bleiben durfte. Tatsächlich betrugen die Reparationsleistungen bis zu ihrer Einstellung im Jahre 1953 ohne Anrechnung der Besatzungskosten 12 Milliarden Dollar, während die westalliierte Demontage mit 1 Milliarde bewertet wurde, der eine wesentlich höhere Marshallplanhilfe gegenüber steht. Dabei ist bei der unzulänglichen und wahrscheinlich durch die Besatzungsmacht kontrollierten Statistik kaum festzustellen, ob und inwieweit seither noch insgeheim Reparationen durch die sowjetischen Betriebe und durch Preisdruck geleistet wurden und werden.

So war die Ostzone Reparations- und Sicherheitskolonie der Sowjetunion zugleich. Sowjetrußland hat einen Gürtel von Kolonien, die diese doppelten Funktionen erfüllen, um sich gelegt. Ähnlich verfuhr Rußland bezüglich seiner Reparationsansprüche — wenn auch um einige Grade gemäßiger — in einigen Satellitenstaaten. Ihr kolonialer Charakter kam schon dadurch zum Ausdruck, daß die Grenzen zwischen diesen und Sowjetrußland genau so abgedichtet waren wie die zwischen den Satellitenstaaten und dem Westen.

Bei alledem spielte nicht etwa eine „missionarische“ Tendenz mit, die das unterworfenen Gebiet und insbesondere die Deutschen mit einer neuen Gesellschaftsordnung beglücken wollte. Stalin hegte vielmehr eine tiefe Abneigung gegenüber dem westlichen Kommunismus. 1944 soll er gesagt haben: „Der Kommunismus paßt für die Deutschen wie der Sattel für die Kuh“⁶⁾. Er fürchtete — nach Hitlers Angriff in seinem Mißtrauen und seiner Wachsamkeit aufs äußerste gesteigert — die deutsche Wiederauferstehung. Kurz vor Yalta sagte er: „Es wäre naiv anzunehmen, daß Deutschland auf den Versuch verzichten würde, seine Macht wieder neu zu begründen, um dann einen Revanchekrieg zu füh-

ren. Die Geschichte lehrt uns, daß eine kurze Zeit, sagen wir zwanzig oder dreißig Jahre, genügen, um Deutschland die Möglichkeit zu geben, sich von seiner Niederlage zu erholen und seine Machtstellung neu aufzubauen“⁷⁾.

Stalin tat so im Osten Deutschlands im Prinzip nichts anderes, als was Frankreich nach 1919 im Westen des Reiches versucht hatte, nur auf seine Art unendlich viel gründlicher und unerbittlicher. Er annektierte einen Teil des Ostgebietes und errichtete neben dem annektierten Gebiet einen von ihm abhängigen Pufferstaat, den er sich durch gesellschaftliche Gleichschaltung sicherte und dadurch in Gegensatz zum westlichen Bereich Deutschlands brachte

Diese beiden gegensätzlichen Gesellschaftssysteme konnten nicht miteinander bestehen. Eine totalitäre Organisation kann für den Bestand einer demokratischen Ordnung gefährlich werden, sei es, indem sie durch ihre Demagogie bei einer einzigen Wahl die Mehrheit erreicht, um dann die Wahlen abzuschaffen, sei es, indem sie einen Staatsstreich unternimmt. Andererseits können sich totalitäre Staats- und Wirtschaftseinrichtungen in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung und in einer vorwiegend freien Marktwirtschaft infolge des Gefalles, das zu ihren Ungunsten entsteht, nicht halten. Das war das völlig Neuartige, daß in einem geschlossenen Zollgebiet, das ja entsprechend der Grenzziehung der Potsdamer Konferenz zunächst existierte, neben dem bestehenden Gesellschaftssystem ein neues gegensätzliches aufoktroiert und dadurch das Volk in zwei Ordnungsgebiete geteilt wurde. Während sich bisher nationale Grenzen und Ordnungsgrenzen miteinander deckten, entstand jetzt durch das Vorgehen Sowjetrußlands in der Ostzone eine Ordnungsgrenze, die mitten durch Deutschland lief und trennender wirkte als manche nationale Grenze. Hitler hatte durch seinen Krieg die Einigkeit Deutschlands auf Spiel gesetzt, durch seine Niederlage die Voraussetzungen für die Spaltung geschaffen. Die Alliierten hatten letztere durch ihre Konstruktion verwirklicht und die Sowjetrussen die daraus erwachsenden Möglichkeiten voll ausgenutzt.

Keine gemeinsamen sittlichen Prinzipien und kein gemeinsames Vokabular

Diese Tendenzen der sowjetischen Politik, die andeutungsweise schon auf der Potsdamer Konferenz zu erkennen waren, traten in der zweiten Hälfte des Jahre 1945 und im Laufe der folgenden Jahre immer deutlicher in Erscheinung. Amerika und auch England erkannten, daß der sowjetische Bundesgenosse in der Demarkationslinie, die sich von Lübeck bis Triest zog, nicht ein aus der Dynamik der Kriegführung sich ergebendes Provisorium sah, sondern eine definitive Grenze. Die Westalliierten hatten die endgültige Friedensvertragsregelung erst vornehmen wollen, wenn die erste, naturgemäß vehemente Nachkriegserregung mit ihren verwirrenden Einflüssen abgeklungen und in Ruhe eine durchdachte Konstruktion für die Neuordnung Europas gefunden war. Die Sowjets dagegen nahmen in dem ihnen eigenen Mißtrauen die Friedensvertragsregelung vorweg, indem sie sich reale Garantien schufen. Erst jetzt wurden sich die beiden angelsächsischen Mächte bewußt, daß Deutschland bis 1933 eine weltpolitische Funktion ausgeübt hatte, und versuchten nun um dieser Funktion willen Deutschland wiederherzustellen, wenn auch zunächst ohne das Gebiet jenseits der Oder- und Neißelinie. Die Fehler von Yalta, Teheran und Potsdam wurden in Washington nicht nur sehr bald gesehen und zugegeben, obwohl sie weitgehend Folgeerscheinungen der Politik Hitlers waren, sondern es wurde auch der Versuch unternommen, sie zu korrigieren. Vor allem die Amerikaner hatten aus ihrer Fehlkonstruktion bei der deutschen Besatzungsregelung gelernt.

Auch sie hatten zeitweise zu Ende des Krieges an eine von ihnen dirigierte Umgestaltung der gesellschaftlichen Struktur Deutschlands durch vollständige Desindustrialisierung und Verwandlung dieses hochindustrialisierten Wirtschaftsgebietes in ein vorwiegend von Landwirt-

schaft und Hausindustrie lebendes Land (Morgenthau-Plan) und durch Entmachtung der Oberschicht (Beamte, Militär und Unternehmer) im Wege der Denazifizierung gedacht. Sie ließen aber den Morgenthau-Plan, der auf der Potsdamer Konferenz in beschränktem Umfange eine Rolle gespielt hatte, bald fallen und bedienten sich der Denazifizierung im Laufe der Zeit mehr und mehr nur als Sühneregung, ohne gesellschaftspolitische Nebenabsichten.

Die Amerikaner erkannten auch als erste, daß die deutsche Bevölkerung in dem staatsrechtlichen Monstrum des „Zonengebilde“, in dem nie eine wirtschaftliche Ordnung entstehen konnte, ihrer wachsenden Verelendung, wie sie durch Krieg und Kriegsfolgen bedingt war, aus eigener Kraft nicht Herr zu werden vermochte. Bei aller Ablehnung des Totalitarismus deutscherseits, die auf dem Erlebnis zweier totalitärer Herrschaftssysteme beruhte, bestand die Gefahr, daß die Deutschen einfach aus Verzweiflung auf die Dauer einer kommunistischen Infektion erliegen würden. Dadurch konnten die westdeutschen Zonen zu einem weltpolitischen Krisenherd werden, zumal in Frankreich und Italien die Moskauer Partei eine beängstigende Stärke erreicht hatte. Die Ausdehnung des russischen Machtbereichs bis an die Elbe war nicht nur eine machtpolitische Bedrohung im Kräftespiel der Welt, sondern dadurch entstand auch eine gesellschaftspolitische Gefährdung des Westens, die machtpolitische Konsequenzen haben konnte. Seit 1946 versuchten daher die angelsächsischen Mächte, auf den alliierten Außenministerkonferenzen ihren Plan der Sanierung der deutschen Wirtschaft und der Bildung eines demokratischen Bundesstaates durchzusetzen. Dieser sollte alle vier Zonen einschließlich des Rhein-Ruhr-Gebietes umfassen. Amerika und England stießen mit diesem Plan indessen auf entschiedenen Widerstand Rußlands, aber auch auf die Ablehnung

5) Die Reparationsleistungen des Deutschen Reiches von 1919—1930 betrugen 5 Milliarden Dollar und wurden mit Hilfe von Auslandskrediten in gleicher Höhe aufgebracht.

6) Abgedruckt bei Deutscher, a.a.O., S. 557.

Frankreichs, so verschieden die Motive und Interessen beider Staaten auch waren.

Die Nachkriegspolitik Frankreichs stand ganz unter dem Eindruck der deutschen Besetzung, Zerstörung und Ausbeutung im zweiten Weltkrieg. Es drängte daher auf Abtrennung des Saargebietes, Bildung eines selbständigen Rhein-Ruhr-Staates, dessen Industrie unter internationaler Kontrolle stehen sollte, und auf Bildung eines Staatenbundes auf demokratischer Grundlage im restlichen Rumpfdeutschland. Die an Frankreich grenzenden deutschen Länder sollten möglichst klein und möglichst selbständig sein. Um hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, dichtete Frankreich seine Zone — wenn auch lange nicht so weitgehend wie die Russen — von den anderen ab (man sprach damals vom „seidenen Vorhang“) und trennte innerhalb seiner Zone das Saargebiet völlig von den anderen deutschen Ländern.

Die russische Politik indessen zielte weiter. Für sie war die abgetrennte Ostzone zugleich auch ein Pfand, ein Handelsobjekt, um bessere Bedingungen auf der Ebene Gesamtdeutschlands auszuhandeln. Infolge der sich mehr und mehr verschärfenden Spannung zwischen Ost und West wollten sie verhindern, daß die westlichen Alliierten sich in gleicher Weise die Verfügungsgewalt über die Ruhrindustrie sicherten und damit ihr Rüstungspotential erhöhten, wie sie selbst sich durch die handstreichartige Annexion des Oder-Neiße-Gebietes Oberschlesiens bemächtigt hatten. Rußland war im Interesse seines eigenen Wiederaufbaus vital daran interessiert, sich an der westdeutschen Wirtschaftsproduktion zu beteiligen. Eine erwünschte Nebenwirkung dieser Politik wäre es u. U. gewesen, wenn durch zusätzliche Reparationsleistungen des Westens an Rußland auch die Verelendung der westdeutschen Bevölkerung gesteigert wurde, wodurch diese für eine kommunistische Infiltration empfänglicher geworden wäre. „Der Kommunismus pflückt nur reife Früchte. Er hat sogar eine Vorliebe für angefaulte.“⁸⁾

Sowjetrußland wollte darüber hinaus jegliche Verbindung Westdeutschlands mit den westlichen Alliierten und dessen wirtschaftliche Sanierung verhindern, weil es dadurch eine Anziehungskraft auf die Ostzone ausüben würde. Es wollte auf der anderen Seite die Herstellung der deutschen Einheit, aber diese durfte mit Rücksicht auf die Sicherung seiner Militärherrschaft weder in föderalistischer Form noch auf demokratischem Wege erfolgen. Der Kontrollrat sollte nach russischem Konzept einstimmig eine gesamtdeutsche Verfassung erlassen und dabei von einem deutschen Konsultativrat, der aus Vertretern der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und der „antifaschistischen“ Verbände zusammengesetzt wäre, beraten werden. Auf die genannten Verbände legten die Russen den allergrößten Wert; auf diese Weise wollten sie die Quote ihrer relativ geringen Anhängerschaft steigern. Der Konsultativrat sollte nämlich nicht gewählt, sondern mit Zustimmung des Kontrollrates aus Delegierten der Verbände und Parteien zusammengestellt werden. Je mehr solcher Verbände die Russen geschaffen hätten, desto stärker mußte sich der Anteil ihrer Anhänger im Konsultativrat erhöhen; andererseits konnten sie westliche Verbände wegen ungenügendem Antifaschismus ablehnen. Dieselbe Möglichkeit hätten sie bei der Auswahl der demokratischen Parteien gehabt. Sie hätten im Westen mit partikularen Interessenversprechungen neue Anhänger gewinnen können. Das Ziel bestand eben darin, der kleinen Anhängerschaft ein mehrfaches Stimmrecht zu geben. Infolge der erforderlichen Einstimmigkeit des Kontrollrates hätten sie die Zusammensetzung des Konsultativrates weitgehend zu steuern vermocht. Entsprach die Zusammensetzung des Konsultativrates ihren Wünschen, so konnten sie sich seiner bedienen, um mit dem Hinweis auf den Willen des deutschen Volkes gegenüber den westlichen Alliierten einen Druck auszuüben, im anderen Fall wäre eben der Konsultativrat „faschistisch“ gewesen. Auf Grund dieser Verfassung sollten Wahlen stattfinden — wieder unter Beteiligung der Gewerkschaften und Verbände — und dann eine provisorische Regierung gebildet werden. Die Befugnisse der Regierung waren in dem Plan nicht präzise angegeben worden. In jedem Fall würde der Kontrollrat — einstimmig — die letzte Entscheidung haben. Jeder Zonenbefehlshaber konnte in seinem Bereich die Durchführung von Weisungen der provi-

sorischen Regierung verhindern, wobei dem Kontrollrat die letzte Entscheidung zustand. Der russische Zonenbefehlshaber behielt auf diese Weise die unumschränkte Macht in seiner Zone. Eine föderalistische Form lehnten die Russen ab, um ein Ausweichen etwa autonomer Länder zu verhindern. Der ganze Plan zielte raffiniert darauf hin, den sowjetischen Einfluß in Gesamtdeutschland zu sichern.

Der sozialdemokratische Parteivorstand (29. Mai 1947) sagte von diesem sowjetischen Plan, daß „die deutsche Einheit durch die Taten derjenigen Kräfte verhindert würde, die mit Worten am lautesten für sie wirkten“. Der russische Plan war so angelegt, daß im Falle der Ablehnung durch die Westmächte diese als die an der Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands Interessierten erschienen, im Falle der Annahme aber die sowjetische Position verbessert wurde. Sowjetrußland hatte bei dieser Konstruktion sowohl die Möglichkeit, den organisatorischen Ausbau in seinem Sinne zu fördern, als auch diesen in Richtung der westlichen Ordnung zu verhindern. Es verfügte eben wegen seines uneingeschränkten Vetorechts über die Chance, den Deutschen und den Westalliierten mit Hilfe der Propaganda verlockende Versprechungen in Aussicht zu stellen und sie mit Einschüchterungen zu bedrohen. Es konnte langsam und systematisch die Sowjetisierung vorwärts treiben und die demokratische Integrierung sowie den wirtschaftlichen Aufbau hemmen oder gar hindern.

Dabei bediente sich Sowjetrußland seit 1943 bewußt der westlich-liberalen Terminologie, nur mit einer von der westlichen abweichenden oder ihr entgegengesetzten Sinndeutung. De facto gab es zwischen Sowjetrußland und dem Westen keine gemeinsamen sittlichen Prinzipien und kein gemeinsames Vokabular mehr. Zu den von den Sowjets mit am häufigsten gebrauchten Ausdrücken gehörten die Worte „demokratisch“, „antifaschistisch“ und „national“. Für die Sowjetrussen bedeutete „demokratisch“ — sie ziehen das Adjektiv dem Substantiv vor — die Herrschaft für das Volk, nicht durch das Volk, bei wirtschaftlicher Gleichheit und Verstaatlichung der Produktionsmittel, wobei sie bewußt die begriffliche Unklarheit pflegten. Ihnen ist die Volksdemokratie im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie eine Mittelform zwischen kommunistischem und kapitalistischem Staat. Für sie steht demokratische Ordnung nicht im Gegensatz zur kommunistischen, sondern tendiert zu dieser hin. Hingegen ist für den Westen die Demokratie eine Herrschaftsordnung, die auf rechtsstaatlicher Grundlage besteht und in der Regierungsbildung und Gesetzgebung von periodisch wiederkehrenden freien Wahlen abhängig sind. In westlicher Vorstellung sind Kommunismus und Demokratie ausgesprochene Gegensätze. Der damalige englische Außenminister und spätere Premierminister Eden hatte auf einer Außenministerkonferenz seinem russischen Kollegen Molotow angeboten, sich auf einige Tage von der Welt zurückzuziehen, um gemeinsam den Begriff Demokratie zu klären. Aber Molotow lehnte ab. „Antifaschistisch“ bedeutet für den Westen Gegnerschaft gegen den bürgerlichen Totalitarismus (Faschismus und Nationalsozialismus); unter „faschistisch“ verstehen die Sowjetrussen hingegen bei zunehmender Spannung zwischen Ost und West alle antikommunistischen Richtungen einschließlich des Nationalsozialismus und Faschismus. Den Begriff „Totalitarismus“ vermeiden sie. Wenn die Russen von nationaler Einheit sprechen, so meinen sie die durch die kommunistische oder volksdemokratische Ordnung bewirkte Einheit eines Volkes. Dieser Begriffsverwirrung haben sich die westlichen Alliierten erst nach dem Kriege allmählich zu entziehen vermocht.

Drei Jahre lang rangen die vier Alliierten auf Außenminister- und Sachverständigenkonferenzen, an denen nunmehr auch Frankreich teilnahm, gleichsam im Stellungskrieg um die Lösung der deutschen Frage, ohne daß die Deutschen zunächst ein Wort mitreden durften.

Die Alliierten hatten sehr bald nach dem Einmarsch in den einzelnen Zonen Landesregierungen und Gemeindeverwaltungen eingesetzt, die im westlichen Bereich zuerst Vollzugsorgane der Besatzungsmächte waren, sich dann langsam in deren Besatzungsorgane verwandelten, bis sie zu deren Partnern wurden. Obwohl es kein Deutsches Reich und keine deutsche Zentralgewalt mehr gab, verfahren die Landesregierungen — in mancher Hinsicht zunächst auch die der Ostzone — so untereinander, als ob das Reich noch bestünde. Alle verfassungsgebenden

8) Jacques Fauvet, Von Thorez bis de Gaulle, Politik und Parteien in Frankreich. Frankfurt a. M. 1953, S. 19.

Parlamente handelten von dieser Voraussetzung aus. So heißt es im Vorspruch der Hessischen Verfassung vom 11. Dezember 1946: „In der Überzeugung, daß Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart und Zukunft haben kann, hat sich Hessen als Gliedstaat der Deutschen Republik diese Verfassung gegeben.“ Ähnliche Erklärungen finden sich in allen anderen Landesverfassungen bis auf eine Ausnahme — und hier wohl infolge eines Vetos der französischen Besatzungsmacht. Auf diese Weise sollten nicht nur alle verfassungsmäßigen Hemmungen gegen eine Wiederherstellung der staatlichen Einheit von vornherein aus dem Wege geräumt werden, sondern diese inhaltliche Übereinstimmung der Deutschlandparagraphen in den Landesverfassungen war eine deutliche demokratische Kundgebung für den deutschen Staat.

Als erste Partei versuchten schon 1946 die Sozialdemokraten eine gesamtdeutsche Organisation über alle Zonengrenzen hinweg zu schaffen. Die Russen verboten im Zusammenhang mit ihrer Zwangsfusion die SPD in ihrer Zone, und die Franzosen versuchten formal diese Bildung dadurch zu verhindern, daß sie den Sozialdemokraten in ihrer Zone den Zusatz „Deutschland“ in deren Namen untersagten, sowie deren Mitglieder die Zugehörigkeit zur Gesamtpartei und zunächst auch die Teilnahme an gesamtdeutschen Veranstaltungen verboten. Im Dezember 1945 hatte auch die erste interzonale Zusammenkunft der CDU

in Bad Godesberg stattgefunden. Die beiden großen Kirchen pflegen nicht nur durch ihre Organisationen, sondern auch durch einen innigen Kontakt den Zusammenhalt zwischen der Ost- und der Westzone. Dieser tritt in der evangelischen Kirche besonders in Erscheinung, weil der überwiegende Teil der ostzonalen Bevölkerung protestantisch ist.

Die Tendenzen zur Bildung selbständiger Einzelstaaten waren hingegen gering. 1945 wurde von Hannoverschen Kreisen in einer Adresse an die englische Krone um deren Protektorat über ein neues Hannover nachgesucht; diese Aktion fand weder Anklang, noch hatte sie irgendwelche Wirkung. In der französischen Besatzungszone Südwestdeutschlands erschien 1946 in einer selbst für normale Zeiten ungewöhnlich hohen und nur durch französische Papierzuteilung möglich gemachten Auflage ein Buch unter dem Titel „Schwäbisch-alemannische Demokratie“. Es schlug die Bildung eines kantonal gegliederten selbständigen Bundesstaates vor, der aus dem alemannischen Baden-Württemberg und Bayerisch-Schwaben bestehen sollte. Obwohl es damals kaum Bücher gab und daher ein großes Bedürfnis nach ihnen bestand, wurde diese Schrift kaum gelesen und fand keinerlei Resonanz. In Bayern gab es zwar Strömungen, die nach einer gesteigerten Selbständigkeit in einem künftigen deutschen Staatenbund, nicht aber nach einer Loslösung strebten.

Hoffnung Europa

Das deutsche Nationalgefühl war von Hitler und seiner Partei so unbeschreiblich stark mißbraucht worden, daß es in der ersten Zeit nach der Kapitulation nur gedämpft auftrat; aber es war durchaus lebendig. Im Mai 1946 hatte Theodor Heuss, damals Kultusminister in Baden-Württemberg, in der überfüllten Aula der Tübinger Universität, also im französisch besetzten Gebiet, in dem die Besatzungsmacht das Wort „deutsch“ zum mindesten in allen offiziellen Äußerungen zu unterdrücken versuchte, ebenso unpathetisch wie mutig einen historisch-politischen Besinnungsvortrag über die deutsche Nationalidee im Wandel der Geschichte gehalten, der eine starke und eindringliche Wirkung auf die Zuhörer ausübte. Diese Rede erschien in Form eines unscheinbaren Heftchens, dessen Auflage schnell vergriffen war und das durch ganz Deutschland wanderte. Sie war eine der ersten deutschen Kundgebungen nach dem Zusammenbruch. Mit diesem nur nach Orientierung und Gestaltung suchenden Nationalgefühl verband sich, wenn auch langsam und tastend, der Gedanke einer europäischen Föderation, besonders seitdem Churchill in Zürich im Herbst 1946 von der Idee der Vereinigten Staaten Europas gesprochen hatte, deren Voraussetzung eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein müsse. Man hat vom Ausland her in der deutschen Begeisterung für ein geeintes Europa eine getarnte imperialistische Haltung gesehen, die nach einer neuen Führungsstellung in Europa strebte. Zu Unrecht: Der Imperialismus war den Deutschen mit Folter und Konzentrationslager, Bomben und Hunger ausgetrieben worden. Für sie war Europa eine Hoffnung — nicht im Sinne der Hegemonie, sondern der Einordnung, der Befreiung aus der Isolierung, der Sicherung vor dem Osten.

In den ersten Nachkriegsjahren fehlte es indessen an einer gesamtdeutschen Vertretung als Partner der Alliierten. Die Bildung einer legitimen deutschen, interzonalen Repräsentation war politisch-organisatorisch ein höchst schwieriges Problem. Sie konnte nur aus Volkswahlen hervorgehen. Volkswahlen in allen vier Zonen hätten entweder nur auf Grund eines Kontrollratsgesetzes oder durch ein übereinstimmendes Gesetz aller deutschen Landtage, das der Zustimmung des Kontrollrates bedurfte, stattfinden können. Dazu hätten sich aber weder Frankreich noch Rußland bereitgefunden — wenn auch aus gegensätzlichen Motiven. Die andere Möglichkeit, eine gesamtdeutsche Repräsentation zu errichten, wäre die Bildung einer Delegation der Landesregierungen oder auch der Landtage gewesen. Gegen eine Repräsentation des deutschen Volkes durch die Landesregierungen hatte aber die Sozialdemokratie starke Bedenken. Die Bildung einer nationalen Repräsentanz

durch die Parteien kam wiederum nicht in Betracht, weil die SPD in der Ostzone verboten war.

Als der Bremer Bürgermeister Kaisen im Oktober 1946 die Regierungschefs der deutschen Länder zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen hatte, verboten die französischen und sowjetischen Besatzungsmächte den Ministerpräsidenten ihrer Zonen die Teilnahme. Am zweiten Jahrestag der Kapitulation 1947 lud der bayerische Ministerpräsident Ehard die Regierungschefs aller Länder nach München erneut zusammen, um über gemeinsame wirtschaftliche Notmaßnahmen für den kommenden Winter — mit Rücksicht auf die Alliierten aber auch nur über solche — zu beraten. Am Abend des 27. Juli 1947 saßen alle deutschen Länderchefs — auch die der Ostzone — in München zusammen; lediglich der saarländische Ministerpräsident Hoffmann fehlte. Kaum einer der Teilnehmer vermochte seine Bewegung über dieses Ereignis zu verbergen. Wenige Stunden später verließen die von ihrer Besatzungsmacht genau instruierten Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone die Konferenz. Sie hatten gefordert, daß die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen deutschen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werde, und diese Bedingung war von den Westdeutschen abgelehnt worden.

Die Russen verfolgten mit dieser Taktik das Ziel, in jedem Fall als diejenigen gelten zu können, die die deutsche Einheit wiederherstellen wollten. Wurde die Bedingung angenommen, dann konnten sie auf die deutschen Regierungschefs als ihre Bundesgenossen und damit als Gegner der angloamerikanischen Politik hinweisen; wurde sie abgelehnt, dann waren die Westdeutschen eben Trabanten des angelsächsischen Imperialismus und Feinde der deutschen Einheit.

Der Verlauf der westdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz, an der auch Vertreter der großen Zeitungen und Nachrichtenagenturen der Welt teilnahmen, zeigte zum ersten Mal der internationalen Öffentlichkeit den Willen der Deutschen zur staatlichen Einigung. Diese Konferenz brachte aber auch symbolisch den Unterschied zwischen den drei Westzonen und der Ostzone zum Ausdruck. Freimütig vertraten die westdeutschen Ministerpräsidenten ihre Beschwerden und Forderungen gegenüber den Besatzungsmächten, ohne daß sie daran gehindert wurden oder daß ihnen deswegen später ein Haar gekrümmt worden wäre. Hier wurde im Gegensatz zur Ostzone kein Wort unterwürfiger Ergebenheit laut. Carlo Schmid, damals Regierungschef von Württemberg-Hohenzollern, verlangte zum ersten Mal als Voraussetzung gesamtdeutscher Staatlichkeit eine rechtliche Beschränkung der Gewalt der

Besatzungsmächte durch ein Statut. Die Konferenz zeigte der Welt, daß die deutsche Frage nicht nur eine Angelegenheit der alliierten Diplomatie, sondern daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit trotz aller aus der damaligen Not verständlichen Resignation von den Deutschen selbst gewollt wurde. War man sich einerseits bewußt, daß sie nur mit alliierter Zustimmung und Hilfe verwirklicht werden könnte, so sollte sie nur auf demokratischer Grundlage und nach demokratischen Verfahren erfolgen.

Nachdem eine gesamtdeutsche Lösung sich unter den Alliierten als unerreichbar erwiesen hatte, suchten die Amerikaner der russischen Ermattungsstrategie durch eine politische und wirtschaftliche Offensive zu begegnen, um wenigstens das westliche Deutschland zu retten. Der erste Schritt war die Zusammenlegung der wirtschaftlichen Verwaltung der englischen und amerikanischen Zone bei gleichzeitiger Einsetzung deutscher Beratungsorgane im Juni 1947.

Im Februar 1948 wurden die anglo-amerikanischen Zonen unter einer deutschen Wirtschaftsregierung in Frankfurt a. M. zusammengeschlossen, die mit Zustimmung der Engländer und Amerikaner von den Länderregierungen gebildet war. Dieser Wirtschaftsregierung stand ein Wirtschaftsparlament aus Delegierten der Landtage gegenüber. Das Ganze war eine wirtschaftliche Selbstverwaltung unter Aufsicht der westlichen Mächte; nur Frankreich war nicht bereit, sich dieser Bizone anzuschließen.

Im Juni 1948 machten die westalliierten Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder Vorschläge zur Bildung eines westdeutschen Staates. Das deutsche Volk sollte die Möglichkeit erhalten, „auf der Basis einer freien und demokratischen Regierungsform die schließliche Wiederherstellung der gegenwärtig nicht bestehenden deutschen Einheit zu erlangen“. Zu diesem Zweck wurden die Ministerpräsidenten ermächtigt, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Außerdem erklärten sich die westlichen Alliierten bereit, ein Besatzungsstatut zu schaffen. Eine Wiederherstellung der deutschen Staatlichkeit setzte voraus, daß die Befugnisse der künftigen Staatsgewalt nicht von den jeweiligen Bedürfnissen der alliierten Mächte abhängig, sondern — gerade wegen ihrer Beschränkung — institutionell durch Anerkennung der Alliierten, also durch rechtliche Begrenzung der Besatzungsmacht, gesichert waren.

Die westdeutschen Ministerpräsidenten hatten Bedenken gegen die Einberufung einer Nationalversammlung; sie wollten die Ausarbeitung einer Verfassung zurückstellen, bis die Möglichkeit für die Wiederherstellung einer gesamtdeutschen Einheit und einer deutschen Souveränität gegeben wäre. Sie fürchteten, daß durch die Bildung eines Staates die Trennung von der Ostzone zu stark betont und die Wiedervereinigung erschwert würde. Sie schlugen daher die Bildung eines parlamentarischen Rates vor, der aus Delegierten der westdeutschen Landtage zusammengesetzt sein sollte und ein Grundgesetz für eine einheitliche deutsche Verwaltung der drei Westzonen auszuarbeiten hätte. Dieses sollte als Provisorium bestehen bleiben, bis eine Verständigung mit Sowjetrußland über eine staatliche Vereinigung aller vier Zonen erreicht wäre.

Das Verhältnis zwischen Sowjetrußland und den Westalliierten hatte sich jedoch in dieser Zeit weiter zugespitzt. In Korea (Februar 1948) fand wie in Deutschland unter russischer Führung im Norden gesellschaftspolitisch und damit machtpolitisch eine Zweiteilung des Landes statt. — In der Tschechoslowakei, in der 1946 relativ freie Wahlen stattgefunden hatten, stürzten die Kommunisten, die zwar die stärkste Partei waren, aber nur über ein gutes Drittel der Mandate verfügten, im Februar 1948 auf Weisung Moskaus die Koalitionsregierung durch einen Staatsstreich. Die Russen hatten dadurch auch diesen Staat gleichgeschaltet, nachdem kurz vorher der sowjetische Sonderbotschafter Wyschinskij den König von Rumänien zur Abdankung gezwungen hatte. Zu gleicher Zeit war ein Versuch Sowjetrußlands, auch Finnland seinem Herrschaftsbereich durch einen Vertrag zu unterstellen, an dem festen Widerstand der Finnen gescheitert. Dieser Vertrag hätte Rußland jederzeit das Recht geben sollen, in Finnland einzumarschieren, falls dieses bedroht wäre. Der Westen, der die Hoffnung auf die Redemokratisierung der Satellitenstaaten nicht aufgegeben hatte, sah in dem russischen

Vorgehen eine neue Offensive, während die Russen in dem anglo-amerikanischen Bestreben, den Verfassungszustand der Staaten in ihrem Sicherheitsgürtel demokratisch zu gestalten, eine aggressive, imperialistische Haltung erblickten. Würden diese Staaten ihr Selbstständigkeitsrecht wiedergewinnen, so würden sie sich auch dem sowjetischen Herrschaftsbereich zu entziehen trachten.

Der tschechoslowakische Staatsstreich und der Versuch der diplomatischen Überrumpelung Finnlands hatten die westliche Welt stark erregt. An diesem Beispiel vom Zusammenspiel Moskaus mit den tschechischen und finnischen Kommunisten, die in den Koalitionsregierungen beider Staaten saßen, zeigte sich die doppelte Gefahr, die den demokratischen Staaten des Westens durch kriegerische Auseinandersetzung einerseits, durch Revolutionierung im Wege eines Staatsstreiches andererseits drohte, mit erschreckender Deutlichkeit. Der Westen empfing die Lehre, daß ein innerstaatlicher Kompromiß mit den Kommunisten über die Regierungsbildung lebensgefährlich für eine Demokratie war. Wo in der westlichen Welt noch Kommunisten in parlamentarischen Koalitionsregierungen saßen, wurden sie über kurz oder lang von den anderen Parteien zum Austritt gezwungen.

Eine der Folgen des tschechischen Staatsstreiches für die Politik der Westalliierten bestand darin, daß sie den Versuch aufgaben, sich mit Sowjetrußland über die Bildung eines gesamtdeutschen Staates zu einigen, wenn dabei die Beteiligung sowjetabhängiger Parteien und Gruppen an einer deutschen Regierung und deren Unterstellung unter ein interalliiertes Gremium, dem auch Rußland angehörte, gesichert werden sollte. Jede Beteiligung sowjetabhängiger Parteien an der deutschen Führung eines neuen deutschen Staates konnte nach den tschechischen Erfahrungen zu einer Gefährdung Westdeutschlands und der ganzen westlichen Welt führen. Wie ein roter Faden ziehen sich durch die Verhandlungen zwischen Moskau und den Westmächten über die deutsche Wiedervereinigung von 1945 bis heute das russische Interesse, den deutschen Staat von oben zu bilden, um sich Garantien für einen ständigen, von Wahlen unabhängigen Einfluß der Kommunistischen Partei in Deutschland zu sichern, und der anhaltende Widerstand des Westens, um einen sowjetischen Einbruch in die westliche Ordnung abzuwehren.

Die Vereinigten Staaten versuchten mit Mitteln, die der demokratischen Welt konform waren — nämlich durch politische und finanzielle Hilfe statt Unterwerfung —, Westdeutschland widerstandsfähig zu machen. Dieses bildete in seiner Situation von 1947/48 die weiche Einbruchsstelle der westlichen Welt. Voraussetzung der staatlichen Ordnung aber war die Wiederherstellung der Währungsstabilität. Auch hier gelang keine Verständigung der Westmächte mit Sowjetrußland, das in dem steigenden Währungsverfall und der wachsenden Wirtschaftsnot einen Bundesgenossen sah. Außerdem hätte eine dauerhafte Stabilisierung der deutschen Währung im gesamtdeutschen Bereich zwangsläufig zu einer westalliierten Kontrolle der russischen Ausbeutung der SBZ und damit zur erheblichen Minderung, ja zur Einstellung der ostzonalen Reparationsleistungen führen müssen. Die Währungsreform, die für alle drei Westzonen im Sommer 1948 gleichzeitig in Kraft trat, von den Deutschen vorbereitet und von den Alliierten verordnet, verstärkte die Trennung zwischen der SBZ und den Westzonen, aber ihre Unterlassung hätte der Ostzone nicht gedient und die Westzone gefährdet. Die Alliierten hätten die Währungsstabilität auch ohne die Deutschen, ohne den Frankfurter Wirtschaftsrat und unter Umständen sogar gegen diesen durchführen können. Aber dadurch, daß sich der Frankfurter Wirtschaftsrat für sie entschied, übernahm dieser auch die Verantwortung für die politischen Folgen dieser Stabilisierung, die zugleich auch zu einer Trennung der Währung zwischen der sowjetischen Zone und den drei Westzonen führte. Nach der Zwangsaufteilung der SPD war die Währungsstabilisierung in Verbindung mit der Währungstrennung die zweite entscheidende und folgenschwere Teilungsaktion. Die Situation, vor der der Frankfurter Wirtschaftsrat im Frühjahr und Sommer 1948 stand, glich derjenigen, in der sich die Reichsregierung bezüglich der Ruhrfinanzierung im Winter 1923 befand, nur mit dem Unterschied, daß nunmehr die Deutschen in der Ostzone infolge des russischen Terrors über keinerlei Entscheidungsfreiheit mehr verfügten.

Die Widerstandsfront, die sich im Westen auf amerikanische Initiative hin gebildet und in die sich Frankreich schweren Herzens und ge-

gen das angloamerikanische Zugeständnis der Abtrennung des Saargebiets und der Bildung einer internationalen Ruhrbehörde gefügt hatte, suchten die Russen durch eine Blockade Berlins aufzulösen, um damit gleichzeitig die Bildung eines westdeutschen Staates zu verhindern. Gemäß den Vereinbarungen von Yalta war die Reichshauptstadt in vier Sektoren eingeteilt und von Truppen der vier Alliierten besetzt worden. Infolge der sowjetischen Gleichschaltungspolitik in der Ostzone wurden die drei Westzonen in Berlin zu einer vorgeschobenen westlichen Position hinter dem Eisernen Vorhang, die einmal einfach durch ihre Existenz die strenge sowjetische Abgeschlossenheit störte, zum anderen aber wegen ihrer isolierten Lage gefährdet war. Die Russen schnitten Berlin von allen Zufahrtsstraßen ab, mit dem Ziel, die Westalliierten entweder zum Abmarsch, also zur Preisgabe Berlins, oder zum Verzicht auf die westdeutsche Staatsbildung zu zwingen. Die Russen — phantasiereich in der Erfindung neuer Machtmethoden — behandelten die Zweieinhalbmillionenstadt, die noch über Lebensmittelvorräte für 36 und über Kohlenvorräte für 45 Tage verfügte, gleichsam als Geisel. Mit disziplinierter und mutiger Entschlossenheit wehrte sich die Berliner Bevölkerung gegen diese kalte Belagerung. Durch eine blockadebrechende Luftbrücke wurde Berlin von den Westmächten versorgt. In sechzehn Monaten transportierten sie in 275 000 Flügen fast 2 Millionen Tonnen Versorgungsgüter nach Berlin. Diese Verteidigung Berlins war ebenso sehr der großartigen Zivilcourage der Berliner unter Führung des Bürgermeisters Ernst Reuter zu verdanken, wie auch der vorbildlichen Organisation der Luftbrücke unter dem amerikanischen General Lucius D. Clay. Es war die erste große gemeinsame Aktion von Westalliierten und Deutschen. Nach Verabschiedung des Grundgesetzes hoben die Russen die Blockade wieder auf, weil der von ihnen beabsichtigte Zweck nicht erreicht worden war.

Das Grundgesetz ist zum überwiegenden Teil eine deutsche Leistung. Die Westmächte, die sich die letzte Entscheidung über die neue Verfassung vorbehalten hatten, setzten nur einige wenige, nicht sehr erhebliche Abänderungen durch. In einem waren sich der Parlamentarische Rat und die alliierten Regierungen völlig einig, nämlich daß das Grundgesetz frei von ostorientierten Verfassungsbestimmungen bleiben sollte. Andererseits hatten die Alliierten die deutschen Wünsche bezüglich des Besatzungsstatuts bis zu einem gewissen Grade berücksichtigt. Die Sowjetrussen und die deutschen Kommunisten bekämpften den Erlaß eines interalliierten Besatzungsstatuts fast ebenso scharf wie die Bildung eines westdeutschen Staates, weil eine Einschränkung der Besatzungsgewalt

zu einer Machtminderung der deutschen Kommunisten führen mußte, wenn das Besatzungsstatut auch in der SBZ gegolten hätte.

Aus dem unorganisierten, aber durch Tradition und Nationalbewußtsein zusammengehaltenen Bund der westdeutschen Länder war wiederum ein Staat entstanden, wenn er auch zunächst in seiner Gewalt und auf ein Teilgebiet beschränkt blieb. Dieser Staat beruhte weder ausschließlich auf alliierter Schöpfung, noch war er eine deutsche Gründung, die damals ohne alliierte Erlaubnis nicht möglich gewesen wäre. Gewiß hatten die Westmächte, vor allem Amerika, ein starkes Interesse an der Bildung des westdeutschen Staates, aber das Wesentliche war, daß deutsche und westalliierte Interessen in diesem Fall übereinstimmten. Die Staatsbildung entsprach unter den damaligen Verhältnissen deutschen Bedürfnissen, und die Deutschen hatten die eigentliche Konstruktionsarbeit weitgehend selbständig geleistet — wenn auch auf Grund eines Angebotes und mit Zustimmung der Westmächte. Die Staatsorganisation war den Deutschen von den Alliierten nicht aufgezwungen, sondern die Errichtung ihnen angeboten worden, die sie dann weitestgehend aus eigener Kraft und Verantwortung begonnen hatten. Die Verhandlungen über das Grundgesetz wurden vor aller Öffentlichkeit durchgeführt. Die Abstimmungen fanden sowohl im Parlamentarischen Rat als auch in den Landtagen, die alle, mit Ausnahme des bayerischen, das Grundgesetz annahmen, nach freier Aussprache öffentlich statt. Nicht ein einziger Abgeordneter des Parlamentarischen Rates wurde in dieser Zeit von den Alliierten in seiner Meinungsfreiheit behindert oder gar verhaftet, was im übrigen auch sonst nicht geschehen ist. Bei dem demokratischen Verfahren, dessen Anwendung die Alliierten nicht nur angeboten, sondern verlangt hatten, das im übrigen von den Deutschen auch ohne alliiertes Zutun angewandt worden wäre, hätte eine Staatsbildung nicht gegen den Willen der deutschen Bevölkerung erfolgen können. In dieser Freiheit der Gestaltung der Staatsorganisation und der Entscheidung über sie liegt der fundamentale Unterschied zu der Art und Weise, wie der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands von Rußland geformt wurde und beherrscht wird.

Die Bundesrepublik war zunächst eine in der Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten weitgehend autonome, doch unter fremder Besatzung stehende Grenzprovinz der drei verbündeten Staaten. Die Westmächte hatten deren Errichtung im Interesse des eigenen Schutzes ermöglicht, und sie selber konnte ohne den Schutz des Westens weder entstehen noch bestehen. Von dieser Grundlage aus entwickelte die Bundesrepublik sich aber zu einem weitgehend selbständigen Staat, eben zum deutschen Kernstaat.

Die Opposition in der Sowjetzone am 17. Juni 1953 und heute

Am 17. Juni erhob sich die Bevölkerung Mitteldeutschlands spontan gegen das stalinistische System, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Unfreiheit. Der Aufstand wurde durch sowjetische Panzer niedergeschlagen; zahlreiche Aufständische verloren Leben oder Freiheit. Trotzdem konnte der Geist des 17. Juni nicht unterdrückt werden. Nach vier Jahren erhebt sich aktueller denn je die Frage, ob der Aufstand auch für die Gegenwart von Bedeutung und Einfluß ist. Ein wirtschaftlicher und politischer Krisenprozeß von ungeahnten Ausmaßen ist im Ostblock sichtbar geworden, der die Sowjets zu den Konzessionen des XX. Parteitages gezwungen hat und dessen vorläufige Kulmination die Erhebung von Warschau und Budapest war.

Der 17. Juni war die erste Massenaktion des Antistalinismus im Ostblock, Vorbote der Erhebung von Posen im Juni 1956 und der Re-

volution in Polen und Ungarn. Und dies sind die ersten Konzessionen des Systems: die Liquidierung des Stalinkultes, Entmachtung der Geheimpolizei und Auflösung der Zwangsarbeitslager, Rehabilitierungen, Dezentralisierung der Wirtschaft, eine wenn auch geringe Freizügigkeit der öffentlichen Diskussion, größere Selbständigkeit der Satellitenstaaten, eine beweglichere, von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz bestimmte Außenpolitik. Diese ersten, sichtbaren Erfolge sind nicht zuletzt bewirkt durch den Druck der oppositionellen Kräfte innerhalb des Ostblocks.

Dieser Prozeß ist nicht beendet, aber er vollzieht sich gleichzeitig nicht ohne Widerstände und Hemmungen. Die Stalinisten können das Tempo seiner Entwicklung zwar verlangsamen, aber nicht mehr aufhalten. Der Terror von früher ist unmöglich geworden.

Der 17. Juni war die bisher größte Widerstandsaktion in Mitteldeutschland. Von hier aus hat sich eine Opposition entwickelt, die das System heute nicht weniger bedroht als damals. Diese Opposition von heute ist nicht zu verstehen ohne die Opposition von 1953.

Vorgeschichte und Ablauf des 17. Juni

Der Streik der Bauarbeiter am 16. Juni und die folgende Erhebung der Zone am 17. 6. wurde zwar durch die obligatorische zehnzehntige Normenerhöhung ausgelöst. Die eigentlichen Ursachen aber lagen in der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik begründet, die das System besonders nach der II. Parteikonferenz betrieben hatte, auf welcher der ‚Aufbau des Sozialismus in der DDR‘ verkündet wurde. Die Bevölkerung der Zone, seit zwei Jahrzehnten in Unfreiheit und Terror gehalten, seit mehr als einem Jahrzehnt von Hunger verfolgt, hatte in den ersten Nachkriegsjahren manche Entbehrung in der Hoffnung auf ein besseres Leben ertragen. Sie empfand die Befreiung vom Nationalsozialismus als eine Erlösung. Die zunächst vorhandene, relativ freie Meinungsbildung schien Ansatz einer demokratischen Entwicklung zu sein. Bald aber mußten selbst Gutwillige erkennen, daß sich die Lage der Bevölkerung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet durch die völlige Angleichung an die Sowjetunion mehr und mehr verschlechterte. Dann leitete die II. Parteikonferenz der SED unter dem Schlagwort ‚Sozialismus‘ die uneingeschränkte Sowjetisierung der ‚DDR‘ ein. Sie brachte den Arbeitern erhöhte Normen, den Bauern die Kolchosen, der Bevölkerung die Beseitigung der letzten Reste von Meinungsfreiheit, ständig sich verschärfenden Terror und das Absinken des Lebensstandards. Die formalen Rechte der Arbeiterschaft wurden fiktiv, deren Empörung wuchs unaufhörlich. Bereits Anfang 1953 kam es zu lokalen Arbeitsniederlegungen, besonders in Magdeburg, zum Boykott politischer Versammlungen, zu Auseinandersetzungen selbst innerhalb der Grundorganisationen der SED in den Betrieben und zu tätlichen Angriffen auf besonders verhaßte SED-Funktionäre. Passiver Widerstand und das Auspfeifen von Rednern waren an der Tagesordnung.

Die Funktionärshierarchie nahm diese Entwicklung kaum zur Kenntnis. Niemand aus ihrem Apparat wagte es, die Lage wirklich zu analy-

sieren. Wenige mutige Funktionäre, die objektive Berichte gaben, wurden diffamiert und als Parteifeinde betrachtet. Wie in jedem zum Untergang verurteilten System war die Führung blind gegenüber der wirklichen Situation und deshalb unfähig, der Gefahr zu begegnen. Die Stalinisten beschleunigten diese Entwicklung, indem sie immer wieder neue Opfer von der Arbeiterschaft verlangten. Nur so ist die Erhöhung der Normen um 10 % zu verstehen, zu einem Zeitpunkt erlassen, in dem die Unruhe der Arbeiterschaft fast den Siedepunkt erreicht hatte. Als am 9. Juni auf Befehl der Sowjets in letzter Minute der sogenannte „Neue Kurs“ verkündet wurde, verfehlte dieser späte Versuch nicht nur sein Ziel — die Beruhigung der Massen —, er bewirkte vielmehr das Gegenteil. Die empörte Arbeiterschaft wertete die Zugeständnisse (Ende des Kirchenkampfes, Erleichterungen für die Bauern, Freilassung politischer Gefangener, Förderung des privaten Groß- und Einzelhandels, Erhöhung der Konsumindustrie usw.) als Beweis der Unsicherheit und Schwäche. Der noch auf harten Kurs gedrückte, starre und schwerfällige Funktionärapparat war unfähig, die unerwartete Schwenkung schnell zu vollziehen. Er geriet in Verwirrung und demaskierte sich vor den Massen, die seiner Führung völlig entglitten. Die Verbitterung der Arbeiterschaft wuchs rapide und führte in wenigen Tagen zur Explosion.

Der Aufstand wurde ausgelöst von den Bauarbeitern der Stalin-Allee, er erfaßte am 17. Juni alle Städte und Großbetriebe und griff auch auf eine Reihe ländlicher Bezirke über. Die Streiks und Protestaktionen aber waren keineswegs auf den 16. und 17. Juni beschränkt. Trotz des Eingreifens der Sowjettruppen dauerten sie in der Zone bis Ende Juni. Auch im Juli und August flackerten örtlich immer wieder vereinzelte Aktionen auf. Noch im September arbeiteten Betriebe in Magdeburg, Dresden und Leipzig mit halber Kraft.

Der eigentliche Träger des Juniaufstandes war die Arbeiterschaft. Sie erhob sich spontan und entwickelte der revolutionären Situation entsprechende improvisierte Organisationsformen. Die stalinistische SED-Führung machte den kläglichen Versuch, die Initiatoren des Aufstandes als faschistische Agenten und Provokateure zu diffamieren.

Die Opposition des Juni 1953 im Vergleich zur Gegenwart

Die Erhebung der Arbeiterschaft vollzog sich im wesentlichen ohne organisatorischen Plan und konkrete politische Zielsetzung. Noch bestand keine feste politische Plattform, wie sie sich nach dem XX. Parteitag, der polnischen und ungarischen Revolution kristallisiert hat. Aus der Aktion heraus entstanden die Losungen und organisatorischen Formen, die dem Aufstand das Gepräge gaben. In Görlitz und Magdeburg z. B. befolgten die Arbeiter vorbildlich die Anweisungen der Streikleitungen. Sie besetzten nach einem schnell improvisierten Plan alle strategischen Punkte der Stadt und hatten bereits mit der Wahl eines neuen Stadtparlaments begonnen, als die Sowjettruppen eingriffen.

Die politischen und sozialen Losungen, unter denen der Streik in der Zone durchgeführt wurde, waren örtlich sehr verschieden und von den besonderen lokalen Bedingungen abhängig. Infolge des Terrors hatten die Arbeiter vorher keine Gelegenheit gehabt, eine einheitliche Plattform für die gesamte Zone zu schaffen. Um so bemerkenswerter ist es, daß trotzdem in den Schwerpunkten des Aufstandes die gleichen Grundfragen in allen Losungen wiederkehrten. Sie lauteten:

1. Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit.
2. Freie Wahlen und Selbstbestimmung.
3. Beseitigung Ulbrichts und seiner Anhänger.
4. Freiheit der Meinung und der Presse.
5. Entlassung der politischen Gefangenen, Auflösung des SSD und Einführung rechtsstaatlicher Prinzipien.
6. Beseitigung der bürokratischen Herrschaft in Staat, Partei und Gewerkschaft.

Immer wieder wurde die Forderung auf Zulassung der SPD erhoben, nach nationaler Unabhängigkeit und dem Abzug der Besatzungstruppen. Bei den wirtschaftlichen Forderungen stand an erster Stelle die Abschaffung der Normenerhöhungen, die Beseitigung der Prämien und

der Aktivistenbewegung und die Erhöhung des Lebensstandards. Diese Grundforderungen gehören auch heute noch zum Programm der Opposition.

Es bestehen aber wesentliche Unterschiede zwischen der Opposition des Juniaufstandes und der von heute. Die Opposition des 17. Juni erwuchs in erster Linie aus der sozialen Notlage, der spürbaren Unterdrückung und der unerträglichen Ausbeutung in den Betrieben. Sie war in ihrem Charakter spontan, unorganisiert, ohne konkrete Vorstellungen von der zukünftigen staatlichen Ordnung der Zone, ohne Beziehung zu politischen Theorien, geboren aus den dringenden Forderungen des Tages.

Die Opposition von heute ist systematischer Natur. Sie stützt sich auf die neue Linie des XX. Parteitages, die Beseitigung des Stalinkultes, die Auseinandersetzung zwischen dem stalinistischen und dem antistalinistischen Marxismus. Ihr Ziel ist die Beseitigung der stalinistischen Parteibürokratie und die Errichtung einer Arbeiterdemokratie, in der die wirtschaftliche und politische Macht bei den frei und direkt gewählten Organen der Werktätigen liegt. Die Opposition ist nicht mehr spontan, sie entwickelt sich systematisch, korrespondierend zur Entwicklung in Polen und Jugoslawien, basierend auf den Erfahrungen der ungarischen und polnischen Revolution und mit den gleichen Tendenzen wie die Opposition der UdSSR.

Die gemeinsamen Forderungen der Opposition von 1953 und von heute lauten: Beseitigung des stalinistischen Staatsapparates, Vernichtung der Partei- und Staatsbürokratie, Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe, Zulassung mehrerer Parteien, Rede- und Pressefreiheit, Stärkung der Autorität des Parlamentes als dem obersten Organ des Staates, Zurückdrängung des absolutistischen Anspruches der SED besonders auf dem Gebiet der Wirtschaft und Kultur, Streikrecht und freie Gewerkschaften, Freilassung politischer Gefangener, Auflösung des SSD,

Einführung rechtsstaatlicher Prinzipien, Unabhängigkeit von Moskau und Hebung des Lebensstandards. Die Opposition von 1953 ging hauptsächlich von der Arbeiterschaft aus. Nur wenige Intellektuelle wagten kurze Zeit, eine Kritik am System zu üben. Auch die technische Intelligenz in den Betrieben, zumeist bürgerlicher Herkunft, beteiligte sich kaum an den Aktionen des 17. Juni.

Die Opposition der Gegenwart hat ihre Zentren in der Intelligenz, besonders unter den Professoren und Studenten. Deshalb sind die Ziele der Opposition heute grundsätzlich und umfassend, ihre Aktionen aber begrenzt und isoliert. Die SED-Führung läßt nichts unversucht, die Kluft zwischen Intelligenz und Arbeiterschaft zu vertiefen und beide gegeneinander auszuspielen.

Die Opposition der Arbeiterschaft 1953 war zwar mächtig, aber international isoliert. Heute wissen sich die oppositionellen Kräfte verbunden mit der Mehrheit des ungarischen und polnischen Volkes, seiner Arbeiterschaft und seiner Intelligenz. Die Opposition kann heute offen die Erfahrungen des jugoslawischen Systems diskutieren. Sie ist in ihren Zielen nicht mehr isoliert.

Die oppositionellen Kräfte 1953 umfaßten im wesentlichen die parteipolitisch nicht organisierten Kräfte der Arbeiterschaft, einen Teil der Mitglieder der SED und der unteren Funktionäre dieser Partei, die

Die Fraktionskämpfe in der Führungsspitze der SED

Der Aufstand des 17. Juni führte zu einem offenen Bruch zwischen den beiden feindlichen Fraktionen im Politbüro des ZK der SED. Die eine Gruppe bestand aus Ulbricht mit seinen Anhängern Matern und Honecker. Die gegnerische Gruppe wurde von dem SSD-Chef Zaisser und dem Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ Herrstadt, repräsentiert. Zwischen diesen beiden Gruppen schwankten die übrigen Mitglieder des Politbüros (Jendretzki, Ackermann, Elli Schmidt, Warnke, Grotewohl, Rau, Mückenberger usw.)

Je unhaltbarer die Lage vor dem 17. Juni wurde, desto größer wurden die Spannungen zwischen den beiden Fraktionen, wobei die Mehrheit des Politbüros zu den Gegnern Ulbrichts tendierte. Ulbricht war Repräsentant des klassischen Stalinismus, bedingungsloser Anhänger Moskaus, Typ eines Machtmenschen, der das Politbüro nicht als Kollektiv, sondern als Gruppe von Befehlsempfängern betrachtet. Solange Stalin lebte, gehorchte das Politbüro bedingungslos. Die Opposition schwelte nur unter der Oberfläche. Nach dem Tode Stalins war am Vorabend des 17. Juni der Kampf um die Macht im Kreml noch nicht entschieden. Dies gab der Opposition Auftrieb. Aber erst die Zuspitzung der Ereignisse in der Zone löste den eigentlichen Mechanismus der Fraktionskämpfe in der SED-Führung aus.

Die Hauptgegner Ulbrichts waren Stalinisten wie dieser selbst. Sie hatten alle Schwenkungen der stalinistischen Politik bedingungslos mitgemacht. Ihre oppositionelle Haltung entsprang anderen Motiven als die der Arbeiterschaft. Zaisser und Herrstadt verkörperten den gleichen Machttypus wie Ulbricht. Beide waren enge Vertraute des sowjetischen MWD-Chefs Berija. Wie immer seit der Gründung der Komintern bestand eine echte Beziehung zwischen den Fraktionskämpfen des sowjetischen und des deutschen Kommunismus. Jede sowjetische Fraktion hatte ihre Verbindungen in Deutschland und induzierte eine parallele Gruppierung in der KPD. Als Zaisser und Herrstadt versuchten, die Macht in der Zone an sich zu reißen, handelten sie im Einverständnis, wenn nicht im Auftrage Berijas. Sie mußten zwangsläufig zu den Hauptfeinden Ulbrichts werden.

Aber es gab noch psychologische Gründe. Der erfahrene, kluge und selbstbewußte, in militärischen Kategorien denkende Zaisser mußte ständig mit dem laut kommandierenden Ulbricht in Konflikt kommen, der keinen Widerspruch duldete und jeden selbstbewußten Menschen durch seine Arroganz demütigte. Ulbricht versuchte, die Kompetenzen Zaisers zu beschneiden, dieser war bestrebt, durch den SSD die Kontrolle über die SED zu gewinnen und sich Ulbricht zu unterwerfen.

Herrstadt dagegen, ein kalt berechnender Intellektueller von bedeutendem Format und scharfem Verstand, zynisch, ohne Gefühle, mit

Gefahr liefen, zwischen den Forderungen ihrer Führung und dem Druck der Massen zerrieben zu werden. Der eigentliche Apparat der SED aber war damals starr und von den oppositionellen Gedanken kaum berührt. Die Auseinandersetzung in der Führungsspitze war letztlich ein Machtkampf zwischen zwei stalinistischen Gruppen, er resultierte nicht aus einer prinzipiellen Opposition.

Die heutige Opposition ist tief in die ideologischen Parteikader eingedrungen und trägt damit wesentlich zur Verbreiterung der antistalinistischen Plattform bei. Führende Wirtschaftstheoretiker wie Benary von der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Professor Behrens, Mitglied der staatlichen Plankommission und Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, der inzwischen geflohene Landwirtschaftsexperte der SED, Professor Kurt Vieweg, der inzwischen zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilte Professor Wolfgang Harich sind nur einige von vielen.

1953 war es den Stalinisten noch möglich, durch Massenterror jede oppositionelle Regung zu unterdrücken. Durch die Entmachtung der Geheimpolizei haben sich die Stalinisten selbst dieser Mittel bis zu einem gewissen Grade beraubt. Sie können nicht zu ihnen zurückkehren.

Die Parallelen zwischen der Opposition im Jahre 1953 und heute beweisen die Permanenz der Krise im Stalinismus, die aus den Widersprüchen des Systems resultiert.

rücksichtslosem Ehrgeiz, verachtete Ulbricht. Er hielt ihn für geistlos, primitiv und roh. Er haßte Ulbricht, weil er sich ihm unterordnen mußte, obwohl er seine eigenen Qualitäten höher einschätzte. Der Vorschlag Zaisers, Herrstadt nach dem Sturze Ulbrichts die Leitung der SED zu übergeben, war von Herrstadt ausgegangen.

Die Anhänger Ulbrichts waren keineswegs auch seine Freunde, vielmehr echte Opportunisten, die sich von ihrem Chef zu distanzieren begannen, als der Erfolg seine Feinde zu begünstigen schien. Die schwankende Mehrheit des Politbüros bestand bis auf Ackermann — der zu klug war, seine tatsächliche oppositionelle Plattform zu verraten — aus stalinistischen Bürokraten. Da sie mit Ulbrichts Niederlage rechneten, gingen sie mit fliegenden Fahnen zur anderen Fraktion über. Sie haßten Ulbricht nicht aus prinzipiellen, sondern persönlichen Gründen. Zu viele Demütigungen hatten sie zähneknirschend ertragen, um ihre Posten und Privilegien zu erhalten.

Die Gruppe Herrstadt-Zaisser hatte außer machtpolitischen und psychologischen Gründen kein echtes politisches Anliegen für ihre oppositionelle Haltung. Beide hatten zu gute Informationen (der eine durch den SSD, der andere über sein Korrespondentennetz), um nicht die Krise der SED und die Stimmung der Bevölkerung genau zu kennen. Im Politbüro machten sie von ihren Kenntnissen lange Zeit keinen Gebrauch. Sie warteten den geeigneten Zeitpunkt ab, um die Situation für ihre machtpolitischen Interessen zu nützen. Der 17. Juni bot ihnen eine Gelegenheit, die sie wohl selbst nicht erwartet haben mochten. Ihre politische Plattform sollte, ähnlich den Zielen Berijas in der UdSSR, eine Modernisierung der Diktatur erreichen, ein Versuch, das System wieder lebensfähig zu machen.

Die Analyse von Zaisser und Herrstadt war hart und realistisch. Sie erklärten die SED als bürokratisiert, aktionsunfähig, von den Massen isoliert und forderten einen völligen Neuaufbau der Partei. Die Maßnahmen, die sie vorschlugen, reichten jedoch, so weitgehend sie auch konzipiert waren, nicht entfernt an eine echte antistalinistische Konzeption heran. Trotzdem hätten diese Vorschläge — wären sie in Verbindung mit dem Juniaufstand verwirklicht worden — einen Sieg der Aufständischen bedeutet mit der Chance, den ganzen Ostblock in Bewegung zu bringen. Obwohl Zaisser und Herrstadt Stalinisten waren, bedeuteten ihre Vorschläge damals einen Fortschritt. Und es wäre von der Kraft der Massenbewegung abhängig gewesen, zu versuchen, diesen ersten Erfolg auszubauen und weitere Zugeständnisse zu erkämpfen.

Ähnlich wie der Stalinist Ochab in Polen, von der Oktoberrevolution mitgerissen, gegenüber den Sowjets eine unabhängige Rolle spielte, so hätten die antistalinistischen Kräfte in der Zone Zaisser und Herrstadt zwingen können, weitere Konzessionen zu gewähren und einen Strukturwandel in der Zone einzuleiten. Die Sowjets erkannten diese

Gefahr für den Bestand des Systems. Sie entschieden sich für Ulbricht. Ulbricht hat die Rolle von Zaisser und Herrstadt auf dem 15. Plenum des ZK der SED in seinem Schlußwort am 26. 7. 1953 deutlich umrissen, eine Rede, die durch ihren Jargon ebenso interessant ist wie durch die Hintergründe, die sie über den 17. Juni aufzeigt.

Das Schlußwort von Walter Ulbricht auf dem 15. Plenum des ZK der SED (24.-26. Juli 1953)

Genossinnen und Genossen!

Die zweitägige Aussprache im Zentralkomitee wird unsere Partei befähigen, den neuen Kurs mit aller Entschiedenheit durchzuführen, und zwar deshalb, weil diese Aussprache zweifellos zur inneren Festigung nicht nur des Zentralkomitees, sondern auch der Partei wesentlich beigetragen hat. Wir hatten ursprünglich geglaubt, daß die Fragen der Durchführung des neuen Kurses und eine Reihe Einzelfragen eine größere Rolle spielen würden. Da jedoch die Genossen Herrstadt und Zaisser betonten, über die reine Wahrheit zu sprechen, aber im Verlauf der zwei Tage sich die reine Wahrheit verwandelt hat, kam es, daß diese Fragen mehr in den Mittelpunkt der Zentralkomitee-Tagung gestellt wurden, als wir das ursprünglich glaubten, daß das der Fall sein würde.

Ich möchte deshalb auch nicht mit den allgemeinen politischen Fragen, die den Teil meines Referates betreffen, beginnen, sondern mit einigen Fragen, die hier der Gegenstand der Diskussion waren: erstens, die Frage der Arbeit der Organe für Staatssicherheit. Ich habe bewußt formuliert, daß die Leitung des Ministeriums versagt hat. Ich habe nicht von den Funktionären des Apparates für Staatssicherheit gesprochen. Warum nicht? Wir wissen, daß die Mitarbeiter dieses Apparates gute, erprobte Genossen sind, die treu zur Partei stehen. Die Arbeit der Führung des Ministeriums ist jedoch eine solche, daß auch die guten Funktionäre nicht in den Stand gesetzt wurden, die Aufgaben zu erfüllen, die ihnen gestellt werden. Der Apparat für Staatssicherheit ist ein Apparat, der aus guten Genossen besteht. Es sind nur einige wenige, die am 17. 6. versagt haben. Aber die Führung hat versagt. Genosse Zaisser hat gesagt, es habe die Absicht bestanden, im gegebenen Moment die feindlichen Gruppen zu liquidieren. Es war eine solche Orientierung bei der Staatssicherheit, diejenigen Feinde, die sie ausfindig gemacht haben, sozusagen zu studieren, um sie dann später zum gegebenen Moment, wie Genosse Zaisser sagt, zu verhaften. Zum gegebenen Moment waren eben die Feinde schneller und sie haben dann die Provokationen organisiert.

Wir haben den Genossen öfter gesagt, daß die Staatssicherheit keine Studiengesellschaft ist und daß man nicht Studien machen kann, wenn Beweise einer feindlichen Tätigkeit bestehen. Anläßlich der letzten Konferenz der Funktionäre der Staatssicherheit habe ich den Genossen gesagt, daß die Staatssicherheit ohne Kontrolle arbeitet, daß die Partei keine wirkliche ernsthafte Kontrolle hat. Ich sehe ab von den formalen Geschichten. Und wenn hier Genosse Zaisser sagte, was er mit Ulbricht besprochen hat, so ist das noch nicht entscheidend. Entscheidend ist doch, was durchgeführt wurde. Ist es wahr, daß ich Euch im Januar 52 gesagt habe, daß Eure Staatssicherheitsleute in den Kreisen wenig Kenntnis von der feindlichen Tätigkeit haben, daß sie irgendwelche Sonderaufgaben haben, die niemand kennt? Es wurde festgestellt, daß die Arbeit in den Kreisen nicht funktioniert. Es fanden zum Beispiel im Jahre 1952 Besprechungen über Buna statt. Daraufhin haben wir der Staatssicherheit gesagt: „Man muß das Zentrum, daß bei Buna existiert, herausbekommen“. Das war vor 1 1/2 Jahren. Vor 2 Monaten ist ein allgemeiner Bericht, mit dem wir nichts anfangen konnten, gekommen. Man kann also nicht sagen, daß wir nicht auf die Dinge hingewiesen haben. Wir haben das ziemlich genau getan.

Bei Bitterfeld dieselben Geschichten. Dann kam Zeiß; bei Zeiß war eine offene Tätigkeit eines Zentrums. Es ist doch ein unmöglicher Zustand, wenn sich herausstellt, daß die neuen Konstruktionszeichnungen im Zeißwerk regelmäßig aus dem Werk verschwinden, kopiert wurden und zurückkamen. Niemand hat etwas davon gemerkt.

Ich weiß, welche Arbeit die Staatssicherheit gemacht hat, und wir anerkennen, daß die Genossen im Kampf gegen die KGU, gegen die BDI in Berlin eine große Arbeit geleistet haben. Das anerkennen wir, aber, liebe Genossen, wenn der Feind eine illegale Organisation hat, muß man den Kampf systematisch führen. Die Fehler resultieren daraus, daß in der Staatssicherheit die Unterschätzung der Partearbeit vorhanden war. Es gibt kein Ministerium, wo man mehr administriert hat als beim Minister Zaisser.

Genosse Zaisser hat wochenlang über die Arbeitsmethoden von Ulbricht gesprochen. Er hat recht, meine Arbeitsmethoden unterscheiden sich prinzipiell von denen des Genossen Zaisser. Genosse Zaisser ist ein ausgezeichnete Fachmann für bestimmte Verwaltungsarbeiten. Aber mich interessieren die Probleme der Arbeit von der Staatssicherheit und nicht seine Verwaltung. Genosse Zaisser war so beschäftigt mit dem Kampf gegen Ulbricht, daß er ganz vergessen hat, daß er Minister für Staatssicherheit ist. Ich will dem Genossen Zaisser nicht unrecht tun. Er konnte gar nichts tun. Er ist ein Administrator, und unser Fehler war der, daß man ihn eingesetzt hat.

Jetzt komme ich zu den innerparteilichen Fragen. Es wurde hier von den Genossen Herrstadt und Zaisser gesagt, daß sie dem Zentralkomitee die volle Wahrheit sagen. Aber im Verlauf der 2 Tage hat sich die Wahrheit sehr gewandelt. Ich möchte zuerst das wiederholen, was ich in meinem Referat zur Charakteristik der Position von

Herrstadt und Zaisser gesagt habe. Ich habe gesagt, die Genossen Herrstadt und Zaisser beschränken sich nicht auf die Aufstellung kapitulantenhafter Forderungen, die, wie sie sagten, als Grundlage zu einer „Erneuerung der Partei“ dienen sollten. Sie wußten, daß die gegenwärtige Parteiführung auf einer marxistischen Position steht und nicht auf ein solches Liquidatorentum eingehen wird. Weil sie wußten, daß die Parteiführung nicht auf ein solches Liquidatorentum eingehen wird, betrieben sie die Neubesetzung der Parteiführung. Herrstadt und Zaisser haben sich nicht nur auf diese Plattform und auf die Forderung nach der Neubesetzung der Führung beschränkt, sondern sie führten eine aktive, fraktionelle, parteifeindliche Arbeit durch die gegen die Einheit der Partei gerichtet war.

Ich bitte die Genossen Mitglieder des Zentralkomitees, sich selber die Frage zu beantworten, ob im Laufe der Tagung das völlig bewiesen wurde, was ich im Referat gesagt habe.

Die Genossen haben ihren Fraktionskampf begonnen mit der Propaganda, daß an allem die „Arbeitsweise“ schuld sei. Genosse Zaisser sagt, er habe seine Fehler erst erkannt, als er die Größe der Kriegsgefahr sah. Das ist eine Unwahrheit. Die Sache war anders. In der Sitzung des Politbüros, wo die Plattform von Herrstadt und Zaisser abgelehnt wurde, begann ihr Rückzugsmannöver. In dieser Sitzung des Politbüros wurde von uns dargelegt, daß Herrstadt und Zaisser eine organisierte Gruppenarbeit in der Parteiführung durchgeführt haben, daß sie den Kampf um ihre Plattform geführt haben, und daß Herrstadt — so habe ich wörtlich gesagt — mit den Methoden des Nachrichtendienstes, der sogenannten aktiven Aufklärung, innerhalb der Parteiführung gearbeitet hat und versuchte, einen Genossen gegen den anderen auszuspielen.

Als Ihr keine Mehrheit hattet, habt Ihr mit dem Rückzug begonnen, nicht erst dann, als Ihr erkanntet, daß angesichts der Kriegsgefahr die Feinde das ausnützen könnten. Als man Euch schon teilweise geschlagen hatte, begannt Ihr mit dem ungeordneten Rückzug! Das ist die Wahrheit!

Hier haben sich Herrstadt und Zaisser bemüht, harmlos zu erscheinen. Aber sie waren doch gar nicht so harmlos. Herrstadt und Zaisser haben doch aggressiv, verbissen, gehässig den Kampf geführt. Sie wollten die Mitglieder der Kommission des Politbüros unter Druck setzen. Sie haben doch nicht etwa nur den Kampf gegen Ulbricht geführt. Sie haben den Kampf unter der Losung der „Erneuerung der Partei“ geführt. Jede feindliche Gruppierung in der KPD hat damit begonnen. Das hat bei Levi angefangen und bei Neumann aufgehört. Diese „Erneuerung“ war absolut nicht originell. Sie haben nicht nur ihre Plattform entwickelt, sondern den Kampf gegen alle Genossen geführt, die auf einer marxistischen Linie standen und nicht bereit waren, dieses parteifeindliche Verhalten mitzumachen. Das ist die Wahrheit!

Stimmt es, daß der Kampf gegen den Genossen Matern geführt wurde, der als Vorsitzender der Kontrollkommission abgesetzt und aus dem Politbüro entfernt werden sollte? Und dann kam diese Plattform, in der es heißt: „Millionen parteiloser Werktätiger schreien nach Abstellung dieser Schwächen der Partei usw.“, sie bringen damit gleichzeitig zum Ausdruck, daß sie entschlossen sind, gegen die Partei aufzutreten. — Was ist denn das? Ist das der Kampf nur gegen die Einheit der Parteiführung, Genosse Herrstadt? Das ist der Kampf gegen die Partei!

Aus dieser Formulierung, die ich jetzt zitiert habe, ergeben sich doch die Artikel in der Presse, die gegen die Partei gerichtet waren, wo man die Streikenden sozusagen poussierte hat. Warum hielt das Genosse Herrstadt für notwendig? Weil er beweisen wollte, daß alles in der Partei schlecht war. Das wollte man um jeden Preis beweisen, um die Änderung in der Parteiführung zu begründen.

Das war also nicht so harmlos, wie das alles hier dargelegt worden ist. Es wurde doch ein direkter Haß gegen den Parteiapparat geschürt.

Genosse Matern hat hier die konkrete Frage gestellt, ob Genosse Zaisser die Rolle einer „grauen Eminenz“ spielen wollte. Genosse Zaisser ist der Frage ausgewichen. Es gibt jedoch Fälle, wo Genosse Zaisser genaue Kenntnis über Parteifragen besaß, die er dem Politbüro nicht mitgeteilt hat. So hat sich z. B. Dahlem persönlich an Zaisser gewandt. Wir fragten ihn, was denn da war? Er sagte: „Wir haben uns so zusammen unterhalten. So wie man ein Gespräch von Mensch zu Mensch führt.“ Ich habe mir gedacht, das muß aber ein merkwürdiges Gespräch von Mensch zu Mensch gewesen sein, bei dem ein Dokument von 15 Seiten übergeben wurde. Dieses Dokument diente dem Zweck, Zersetzung in die Parteiführung hineinzutragen. Genosse Zaisser wurde aufgefordert, er möchte doch dem Politbüro sagen, was da gewesen ist. Aber Zaisser hat das Dokument nicht übergeben. Erst durch eine Dummheit, die Dahlem gemacht hatte, erfuhr der Genosse Matern, daß es ein solches Dokument gibt. Genosse Matern hat gefordert, daß Zaisser dieses Dokument dem Politbüro zur Kenntnis gibt.

Im Politbüro gab es also einen Minister für Staatssicherheit, der geglaubt hat, er könne die Mitglieder des Politbüros unter Druck setzen. Ich frage: Ist das die Methode, wie sich ein Politbüromitglied verhält?

Es wurde gesagt, daß einige Politbüromitglieder hier im ZK nicht die ganze Wahrheit gesagt haben. Das stimmt.

Genossin Elli Schmidt hat hier über Handel usw. gesprochen. Ich habe eine hohe Achtung vor dem Handel. Das weiß sie. Aber es geht doch um einiges andere hier. Genossin Elli Schmidt kann sich nicht darüber beschweren, daß sie von uns nicht besonders unterstützt wurde. Sie wurde gerade von den so beschuldigten Mitgliedern des Parteiapparates in ihrer Tätigkeit auf allen Gebieten unterstützt.

Aber Tatsache ist, daß sie im Politbüro eine der größten Formulierungen gegen mich prägte. Ich weiß, daß bei einigen Genossen für eine bestimmte Zeit das Gedächtnis ausgesetzt hat, aber soweit kann das nicht gehen, daß man das alles einfach vergißt und so tut, als ob gar nichts gewesen wäre. Aber in bestimmten Situationen, wo der Gegner die Parteiführung angegriffen hat, ist es notwendig, daß das ZK weiß, wie jeder gestanden hat. Deshalb müssen die Genossen, die das betrifft, endlich darüber sprechen. Deshalb helfe ich jetzt ein bisschen nach, damit einige Fragen, die noch nicht ganz klar sind, noch geklärt werden. (Tu das mal!)

Sehr gut! Ich bin auch nicht mit der Rede des Genossen Rau einverstanden. Genosse Rau hätte etwas deutlicher sein müssen. So diplomatische Reden gehen hier nicht. Es geht darum, daß das ZK wissen will, ob die Parteiführung fest steht oder nicht. Und Genosse Rau hat geschwankt.

Ein Genosse hat hier die sehr ernste Frage gestellt, ob es einen Zusammenhang der Fraktionsarbeit Herrstadt-Zaisser mit dem Fall Berija gibt? Ein Genosse Minister hat hier erklärt, daß Zaisser ihm gesagt habe, die neue Linie bestehe in der Nachgiebigkeit gegenüber dem Westen und könne zur Wiedererlangung der Herrschaft der Bourgeoisie führen. Dieser Standpunkt entspricht der politischen Position Berijas, die wiederum mit der Konzeption Churchills im Zusammenhang steht. Zaisser bestreitet diese Äußerung. Ich bin dafür, daß die Parteikontrollkommission sich damit beschäftigt.

In der Kommission hat Zaisser vorgeschlagen, daß der Genosse Herrstadt der 1. Sekretär des ZK wird, der nicht nur sozusagen die parteiorganisatorischen Arbeiten erledigt, sondern auch die politische Führung in die Hand nimmt. Aber nicht nur das! Zur gleichen Zeit stand auch die Frage der Rolle des Genossen Zaisser. Hier wurde richtig gesagt, daß Genosse Zaisser der Meinung war, er müsse sich von der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit etwas zurückziehen, weil er wichtige Funktionen in der Parteiführung übernehmen müsse.

Was ist das gewesen? Man sprach über die Frage, daß man im Innenministerium einheitlich die Kräfte zusammen fassen will. Das wäre an sich ganz gut gewesen. Genosse Zaisser hat die Besprechung über diese Frage mit zwei Offizieren geführt. Genosse Grotewohl und ich haben von diesen Besprechungen nichts gewußt. Wir waren nicht etwa prinzipiell gegen dieses Innenministerium, sondern uns hat nur eines interessiert: Wie kommt es, daß diese Besprechungen geführt werden, ohne daß man vorher mit uns spricht? Und Genosse Zaisser hat geantwortet: „Zuerst mußte ich mit den anderen Stellen alles vereinbaren, und dann wäre ich ins Politbüro gekommen“. Ja, Genosse Zaisser, das hängt mit der „grauen Eminenz“ zusammen. Das heißt: Du sicherst zuerst alles, auch noch die Funktion des Innenministers, und dann kommst Du ins Politbüro mit fertigen Tatsachen. Ich habe von der Geschichte nichts weiter gewußt. Aber in der Kommissionssitzung hat sich folgendes Gespräch abgespielt. Ich fragte: „Was ist dann mit dieser Besprechung über das Innenministerium?“ Das sagte Zaisser: „Ja, ich habe mit einer anderen Stelle darüber gesprochen“. Und darauf antwortete ich: „Mich interessiert nicht, mit welchen Offizieren Du gesprochen hast, mich interessiert, warum das Politbüro davon nichts weiß.“ Daraufhin sagt er: „Ich wollte zuerst mit ihnen eine Verständigung herbeiführen“. Ich sagte: „Ich wiederhole, daß mich das nicht interessiert. Mich interessiert, warum zumindestens Grotewohl und Ulbricht keine Kenntnis davon hatten“. Daraufhin sagte Genosse Herrstadt: „Warum stellst Du denn diese Frage so aggressiv?“

Genau so war das Gespräch. Hatte ich ein Recht dazu, diese Frage zu stellen? Wenn ich den Fall Berija gekannt hätte, hätte ich ja etwas ganz anderes getan. Die beiden Leute, mit denen Zaisser die Besprechungen geführt hatte, waren nämlich Sonderbeauftragte von Berija. Das sind die „Musterbeispiele“ der Kollektivität, die ich hier aufzählte. Und weil Ulbricht mit diesen „Musterbeispielen“ der Kollektivität der Arbeit der Führung, wie sie Zaisser sich vorstellt, nicht einverstanden ist, weil Ulbricht derjenige ist, der keine Angst vor dem Minister für Staatssicherheit hat, deswegen führen sie den Kampf gegen ihn. Als ich die Geschichte mit dem Innenministerium erfuhr — die habe ich ja nicht in dem Politbüro erfahren —, da habe ich mir gesagt: Beide kämpfen um die Führung; Herrstadt will die ideologische Führung haben und Zaisser will als Innenminister den Staatsapparat in die Hände bekommen. Was in drei Monaten gewesen wäre, hätte sich jedes ZK-Mitglied selber ausrechnen können. Das war meine Einschätzung.

Ich habe nur noch eine Bemerkung. Einige Mitglieder des ZK haben gesagt: „Warum hat uns Ulbricht nicht informiert?“ Es war nicht leicht, in dieser Lage zu schweigen. Auch für die Mitglieder des ZK, die hier im Hause waren, war es nicht leicht, da sie nicht wußten, was vor sich ging. Aber wenn ich nach der ersten Kommissionssitzung informiert hätte, dann hätte man gesagt: „Ulbricht organisiert auf der anderen Seite den Gegenkampf“. Es war deshalb richtiger, daß man geduldig und ruhig anhörte, wie die Genossen Herrstadt und Zaisser ihre Plattform bis zu Ende entwickelten, ihre Plattform aufschrieben, ihre Personalvorschläge vorbrachten usw. Denn das war die einzige Möglichkeit, den ZK-Mitgliedern fertige Tatsachen vorzulegen.

Ich habe also etwa nicht wütend auf Zaisser geantwortet, sondern ganz sachlich gesagt: Aus Eurer Plattform und Eurer ganzen Konzeption ergibt sich die Konsequenz des persönlichen Kampfes. Mit Ulbricht fängt es an. Dann folgen Matern, dann

Grotewohl, Honecker und dann die anderen. Genosse Herrstadt geht dann los, gegen diesen Parteiapparat, den er so haßt. Warum haßt Du denn den Parteiapparat? Du sagtest, weil er bürokratisch sei. Ich werde Dir sagen, warum Du den Parteiapparat haßt — das steht auch hier sogar im Dokument —: nicht, weil er bürokratisch ist, sondern weil keine Aussicht bestand, daß er Dir gehorchen würde. Du hast ganz richtig erkannt: Es besteht ein Unterschied zwischen der Redaktion des „Neuen Deutschland“ und dem Parteiapparat der SED. So, wie Du in der Redaktion des „Neuen Deutschland“ kommandiert hast, so kannst Du es im Parteiapparat der SED nicht machen, weil dort das Parteibewußtsein offenkundig höher ist. (Edith Baumann: Versucht hat er das bei der Abteilung Parteibetriebe!) Es sind solche Versuche gemacht worden. Er hat dann mit dem Frontalangriff begonnen. Ich weiß, daß der Parteiapparat gelähmt war, daß die Genossen recht haben, wenn sie kritisieren. Mir ist einmal folgendes passiert, wenn ich hier etwas aus der Parteigeschichte erzählen darf: Es gab einmal eine Fraktion in Berlin und wir, Thälmann und einige andere Genossen, hatten im Politbüro keine Mehrheit. Das ist keine sehr angenehme Lage. Die Plattform für die Fraktionstätigkeit war an sich für mich klar. Ich fuhr darauf wutentbrannt nach Hamburg und sagte: „Der Teufel soll sie holen! Das hält die Partei nicht mehr aus“. Er sagte zu mir: „Ja, Deine Analyse und all das was Du sagst, ist richtig. Aber beweise doch einmal vor der Öffentlichkeit, daß Du vollständig recht hast. Hast Du denn schon alle Dokumente?“ Ich sagte: „Alles habe ich noch nicht, doch das, was ich habe, reicht für mich aus“. Er sagte: „Für Dich wohl, aber nicht für die anderen, die Du überzeugen mußt. Du sollst mal sehen, in 3 oder 4 Wochen werden sie sich entlarven, wenn wir richtig arbeiten“. Das haben wir dann auch so gemacht. Und jetzt habe ich mich an Teddy erinnert und mir gesagt: Diesmal bist du etwas vorsichtiger und läßt die anderen nicht aus der Zange, denn sie werden versuchen, alles abzustreiten! Deshalb ist es Herrstadt und Zaisser heute trotz Lügen nach zwei Diskussionstagen nicht gelungen, die Dinge zu verschleiern.

In dem Resolutionsentwurf, den die Kommission vorschlägt, wird gesagt, daß Herrstadt und Zaisser aus dem ZK der Partei ausgeschlossen werden. Ich weiß, daß es im ZK Vorschläge auf Ausschluß aus der Partei gibt. Ich sage ganz offen, daß die Begründung für den Ausschluß aus der Partei vollständig ausreicht. Trotzdem bin ich der Meinung, daß es nicht zweckmäßig ist, einen solchen Beschluß zu fassen. Man sollte sich zunächst auf den Ausschluß aus dem ZK beschränken, damit Zaisser und Herrstadt die Möglichkeit gegeben wird, als einfache Mitglieder zu beweisen, daß sie treu zur Partei stehen. Soviel zu dieser Frage.

Was ist das wichtigste, worauf es jetzt ankommt? Das wichtigste ist, daß wir in der Partei und bei den Massen um die Erklärung und um die Durchführung des Neuen Kurses kämpfen, d. h. daß wir in den Mittelpunkt unserer Partei die politische Massenarbeit stellen, daß wir die Massen überzeugen, daß dieser Neue Kurs nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse, im Interesse der Erringung großer Erfolge in der DDR liegt, sondern daß er zugleich dem Kampf um ein einiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland dient.

In der vorliegenden Resolution wird gesagt: „Das Wesen des Neuen Kurses ist folgendes: Der Hauptinhalt des Neuen Kurses besteht darin, in der nächsten Zeit eine ernsthafte Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage in der DDR zu erreichen und auf dieser Grundlage die Lebenslage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der Republik bedeutend zu heben“.

Eine ernste Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage, das ist der Ausgangspunkt, um die Lebenslage der Arbeiterklasse und der Bevölkerung zu verbessern. Eine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage ist also nicht nur Verbesserung der Lebenshaltung, sondern ist der Kampf um die Gewinnung der ganzen Arbeiterklasse, um die Stärkung ihres Staatsbewußtseins, ihrer Treue zur Republik und zur Regierung der DDR. Man muß den Kampf prinzipiell führen und den Massen klarmachen, daß es keine andere Regierung geben kann, als eine Regierung der Arbeiter und Bauern oder eine Regierung des Monopolkapitals. Es gibt keinen dritten Weg. Auch eine sogenannte sozialdemokratische Regierung, von der sie sprechen, wird eine ebensolche Regierung des Monopolkapitals sein, wie es sie jetzt in Westdeutschland gibt.

Liebe Genossen! Das Schlimmste ist das politische Zurückweichen, der Versuch, sich nur mit ökonomischen Fragen zu beschäftigen, der Glaube, man brauche nur über die Lohnstufen 1-4 sprechen. Aber Werktätige in Zittau und Görlitz sprachen von Revanchepolitik, von der Beseitigung der Oder-Neiße-Grenze, d. h. von Krieg. Warum sagen wir nicht offen: Die Beseitigung der Oder-Neiße-Grenze, das ist Krieg! Manche Genossen weichen den Grundfragen aus. Kann das die Partei länger zulassen? Nein! Weder in Berlin, noch in Zittau, noch in Südthüringen!

Deshalb muß man jetzt, entsprechend der Resolution des ZK und dem Referat des Genossen Grotewohl, die Argumentation entwickeln und den Inhalt unserer Presse darauf einstellen. Es muß offen darüber gesprochen werden, welche Erfolge die Partei der Arbeiterklasse seit 1945 errungen hat. Wir müssen sehen, daß die Stützpunkte des Feindes die faschistischen Konzentrationen sind. Aber auch gewisse sozialdemokratische Gruppierungen sind die Basis für die Tätigkeit des Ostbüros. Deshalb muß man in der DDR die Aufklärungsarbeit über die sozialdemokratische Politik von 1945 bis jetzt führen. Man muß den Kampf gegen die Sozialdemokratie konkret führen. Wir müssen sagen: Was haben Schumacher und andere Führer getan? Warum sitzen sozialdemokratische Führer in der Montan-Union? Warum sitzen sie in dem sogenannten Forschungsbeirat, dessen Aufgabe es ist, den Kampf für die Eroberung der Ostzone und für die Verbreiterung der militärischen Basis der Amerikaner zu führen.

Die Kunst der Politik besteht darin, diese politischen Fragen mit den wirtschaftlichen Tagesfragen zu verbinden und sich der kleinsten Nöte der Werktätigen anzu-

nehmen. Das erfordert aber zugleich, daß wir in diesem Kampf die Rädelsführer und die Organisatoren der feindlichen Tätigkeit entlarven. Die Parteileitungen sind dafür verantwortlich, daß in ihrem Gebiet die faschistischen Untergrundorganisationen liquidiert werden. Die Staatssicherheit hat dabei auch Aufgaben. Aber verantwortlich sind die Parteileitungen. Das heißt, unsere Parteileitungen in den Bezirken und Kreisen haben eine sehr hohe Verantwortung bei dieser Aufgabe, die sie gemeinsam mit den leitenden Genossen im Staatsapparat durchführen müssen.

Aber es kann nicht so weiter gehen, daß Arbeiter dagegen protestieren, daß Rädelsführer wieder in die Betriebe zurückgeschickt werden, weil Genossen im Staatsapparat sagen: „Ja, sie sind doch freigelassen worden, also muß man sie doch wieder in den Betrieb zurücklassen!“ Wer bestimmt denn, wer in den Betrieb kommt? Das bestimmt der Werkleiter und nicht die Justiz.

Die Sache kommt jetzt so heraus wie im Leuna-Werk. Leute, die in Polizeireviere eingedrungen sind, werden freigelassen und müssen in den Betrieb wieder eingestellt werden. Im Betrieb werden gemeinsam mit der illegalen Untergrundorganisation Vorschüsse für die freigelassenen Rädelsführer gefordert. Ich frage Euch: „Was ist denn eigentlich los?“ Hat denn die Arbeiterklasse gar nichts mehr in der DDR zu sagen, so daß jeder Dummkopf kommen und verlangen kann, daß Rädelsführer auch noch entschädigt werden?

Genossen! So geht das nicht! Durch den Fall Fechner und durch Fehler von Genossen sind eine ganze Menge Rädelsführer herausgekommen und nach Westberlin gegangen. Von dort aus organisieren sie die neuen Verbindungen zum Betrieb. Das kann man nicht zulassen. Deshalb muß man jetzt die Wachsamkeit erhöhen. Man soll keine öffentliche Kampagne etwa für Verhaftungen durchführen, sondern diese Bande im Betrieb bis zu Ende entlarven, und wenn sie entlarvt worden ist, dann machen wir das, was wir im Steinkohlenbergbau und woanders gemacht haben, dann werden sie festgesetzt.

Die Staatssicherheit muß sich daran gewöhnen, daß man Banditen, die man sieht und kennt, nicht weglaufen läßt, wie das in Lauchhammer, in Leuna, in Buna war. Alle hauptsächlichen Rädelsführer in den großen Werken, die offen aufgetreten sind, die auf der Tribüne standen, hat man weglaufen lassen, und sie sprechen jetzt über den Rundfunk zu der DDR. Diese Rädelsführer haben sich voll gezeigt. Die Menschen haben sie gekannt. Man kann doch diese Elemente nicht weglaufen lassen! Doch wenn ihr sie habt weglaufen lassen, dann sorgt dafür, daß ihr sie wieder findet! (Zuruf: Das ist nicht so einfach!)

Wenn man richtig aufpaßt, dann werden wir die Rädelsführer erwischen. Man darf nur nicht so ein Klub der Harmlosen sein, wie das teilweise bei uns der Fall ist.

Weiter! Hier sind eine Menge Vorschläge für die Verbesserung der Parteiarbeit gemacht worden, so von der Genossin Feist und von anderen Genossen. Das Politbüro wird sich mit jedem dieser Vorschläge beschäftigen und festlegen, was im einzelnen zu tun ist. Das betrifft auch die Vorschläge für die Gewerkschaftsarbeit, für die Arbeit unter den Bauarbeitern, für die Arbeit in bestimmten Großbetrieben und viele andere mehr. Zum Schluß möchte ich noch eine Bemerkung machen. Der Angriff der Fraktion von Herrstadt und Zaisser gegen die Parteiführung hat dazu geführt, daß der Feind die größten Anstrengungen macht, um die Mitglieder der Parteiführung gegeneinander zu hetzen. Insbesondere haben sie es darauf abgesehen, irgendwelche Differenzen zwischen dem Genossen Grotewohl und mir hervorzurufen. Das wird nicht gelingen.

Was denkt die Arbeiterschaft der Sowjetzone heute?

Bei einem Vergleich zwischen der Opposition der Arbeiterschaft damals und heute ergeben sich folgende Fragen:

Ist es dem System gelungen, das Vertrauen der Masse der Arbeiterschaft zu gewinnen? Sind die oppositionellen Kader durch den Terror nach dem 17. Juni vernichtet worden? Ist die Arbeiterschaft durch die Niederlage entmutigt worden? Durch welche Maßnahmen hat das System versucht, sich zu stabilisieren?

In Bezug auf die heutige Einstellung und Haltung der sowjetzonalen Arbeiterschaft zum System hat eine vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen veranlaßte Testbefragung unter geflüchteten Arbeitern aus volkseigenen Betrieben aufschlußreiche Ergebnisse gezeitigt. Bei Anwendung besonderer, tiefenpsychologischer Methoden, die eine Irreführung ausschließen und durch Kontrollen bestätigt wurden, ergab sich als wesentliches Resultat, daß es dem Stalinismus nicht gelungen ist, sich eine Basis in der Arbeiterschaft zu schaffen. Gleichzeitig fanden sich differenzierte sozialistische Tendenzen, die vom System induziert, deren Zielsetzung jedoch gegen das System gerichtet sind.

Trotz aller Parteipropaganda bestimmt die wirtschaftliche Notwendigkeit des Geldverdienens nach wie vor das Verhältnis zur Arbeit:

Verhältnis zur Arbeit

Geld verdienen, Familie ernähren usw. (rein wirtschaftlicher Anreiz)	95 %
Ideologische Arbeitsmotive	48 %
Beruflicher Ehrgeiz	24 %

Deshalb möchte ich noch das eine sagen: Es ist notwendig, daß die Parteiführung fest und einheitlich zusammensteht. Wir werden alles tun, damit niemand imstande ist, irgendwie in der Parteiführung zu differenzieren oder etwa — wie das versucht wurde — zwischen dem Genossen Pieck, Grotewohl und Ulbricht zu differenzieren. Das wird ihnen nicht gelingen. Wir haben nur den einen Wunsch, daß nicht nur im Politbüro und zwischen uns dreien, sondern in jeder Bezirksleitung und in jeder Parteiorganisation der Kampf darum geführt wird, daß die Partei einheitlich und fest zusammensteht. Dann wird es uns gelingen, auf der Grundlage der Beschlüsse des ZK fest und eisern diesen Kurs durchzuführen. Dann werden in einigen Monaten die Feinde nicht mehr lachen, sondern dann wird die Bevölkerung Westdeutschlands sehen, welche positiven Folgen dieser Kurs auch für sie hat. (Lebhafter Beifall).

Das 15. Plenum des ZK der SED und die Schlußworte Ulbrichts geben einen Einblick in die inneren Machtverhältnisse der SED unmittelbar nach dem 17. Juni. Während des Aufstandes war die Position Ulbrichts schwach, die Mehrheit des Polit-Büros stand gegen ihn, aus Inhalt und Form seiner Rede ist ersichtlich, wie sein Einfluß in kurzer Zeit sich wieder verstärkt hat. Er beherrscht auf diesem Plenum die Lage und triumphiert über seine Gegner. Er wird nie gewillt sein, freiwillig abzutreten. Er unterwirft sich die Geheimpolizei; mit der Absetzung Zaisers will Ulbricht den Staatssicherheitsdienst nicht schwächen, sondern unter seine Kontrolle bringen.

Der Verlauf des 15. Plenums offenbart weiter die Prinzipienlosigkeit der Opposition im Politbüro. Obwohl sie anfangs in der Mehrheit für die Plattform Zaisers und Herrstadts gestimmt hat, unterwirft sie sich bedingungslos dem Willen Ulbrichts, legt Reuebekenntnisse ab und läßt sich schulmeisterlich abkanzeln.

Durch die einstimmige Billigung der Ausführungen Ulbrichts durch die fast 100 Mitglieder des Zentralkomitees offenbart sich die fiktive politische Rolle dieses Gremiums, das tatsächlich die Führung der SED ausüben hätte. Die Mitglieder des Zentralkomitees sind in ihrer Mehrheit Funktionäre der Bezirke. Von dort bringen sie eine genaue Kenntnis der Ursachen und Zusammenhänge des 17. Juni mit. Im ersten Schock des Aufstandes sind sie von der Schuld Ulbrichts und des Politbüros überzeugt. Auf den Funktionärkonferenzen in den Bezirken kommt diese Kritik immer wieder unwidersprochen zum Ausdruck. Noch zu Beginn des 15. Plenums ist sie Gegenstand vieler privater Gespräche der ZK-Mitglieder. Von dieser Opposition bleibt nichts als die Anerkennung der Legende Ulbrichts, der 17. Juni sei das Werk westlicher Agenten und Provokateure. Dieses Verhalten eines politischen Spitzengremiums kennzeichnet sein mangelndes Verantwortungsbewußtsein ebenso wie seine politische und moralische Charakterlosigkeit.

Druck, Zwang	11 %
Liebe zum Beruf, um der Arbeit willen	9 %
Soziale Kontrolle (weil Ehrgeizige die Norm hochtreiben)	4 %
	<hr/> 191 % *)

*) über 100, da Mehrfachnennungen

Der Versuch, gegen den bewußtseinsbildenden Tatbestand der wirtschaftlichen Ausbeutung durch das System ein ‚sozialistisches Bewußtsein‘ im stalinistischen Sinne zu schaffen, ist gescheitert. Der Arbeiter fühlt sich im volkseigenen Betrieb wie folgt:

5 % Mitbesitzer
1 % später vielleicht Mitbesitzer
51 % bezahlter Arbeiter
43 % Ausgebeuteter
<hr/> 100 %

Die Arbeitsnorm wird von 55 % der Arbeiter scharf abgelehnt, 10 % beurteilen sie im Prinzip gut, halten sie aber für schlecht ausgeführt, 10 % bejahen das Normsystem.

Trotz der Ablehnung des Systems durch die erdrückende Mehrheit der Arbeiterschaft ist die Einstellung zum Eigentum durch nichtstalinistische sozialistische Bewußtseinskategorien charakterisiert. Die Masse der Arbeiterschaft ist gegen den Stalinismus, aber für eine ganz oder teilweise sozialisierte Industrie.

Einstellung der Befragten zum Eigentum

Marxistische Haltung

Radikal-marxistisch (Volkseigentum SED)	17 %
Gemäßigt-marxistisch: Verstaatlichung mit Zugeständnissen an das Privateigentum	25 %
Dualistische Wirtschaftsordnung; Grundstoffindustrien sozialisiert, privater Sektor	29 %
Marktwirtschaft mit staatlichem Sektor	14 %
Extrem-liberalistische Parteien	8 %
nicht auswertbare Fälle	7 %
	100 %

Das Ergebnis der Befragung über die ‚Ideologie‘ der Arbeiterschaft ergibt ein ähnliches Resultat wie die Eigentumsbefragung: der Effekt von mehr als einem Jahrzehnt intensiver stalinistischer Schulung und Propaganda ist sichtbar, aber er richtet sich letztlich gegen das System.

Ideologische Grundhaltung der Befragten

Ganz oder überwiegend marxistisch eingestellt	35 %
davon: überzeugte Kommunisten, durchgängiger Glaube an die marxistische Ideologie	6 %
unreflektierte Träger der kommunistischen Ideologie; gelegentliches „Ausbrechen“	12 %
überwiegend, aber nicht bewußt marxistische Gedankengänge	17 %
teilweise, aber nicht überwiegend marxistische Haltungen	26 %
von marxistischer Ideologie frei, unreflektierte westliche bis bewußt antikommunistische Haltungen	35 %
nicht auswertbare Fälle	4 %
	100 %

Als Ergebnis einer Reihe von Fragen fanden die Untersucher etwa 15 % „wirkliche Kommunisten“ unter den Arbeitern der Zone, davon etwa die Hälfte Nationalkommunisten. Darüber hinaus fanden sich kommunistische Ideologie und vor allem Terminologie in einer Mischung von Verstandenem und Unverstandenem weit verbreitet.

In einem scheinbaren Widerspruch zu diesen Ziffern steht das Resultat der Umfrage über die Einstellung der Arbeiter zur SED.

Verhältnis der Arbeiterschaft zur SED

(Querschnitt aus allen Äußerungen)

In der Mehrheit positiv zur Partei, SED wird anerkannt	22 %
In der Mehrheit Achtung vor der Partei, keine Schwierigkeiten, keine Spaltung im Betrieb	25 %
Teils Schwierigkeiten — teils nicht Gleichgültigkeit gegenüber der Partei	8 %
Mehr Schwierigkeiten als gute Zusammenarbeit, Ablehnung	21 %
Zusammenarbeit und zwischenmenschliche Beziehungen schlecht, Haß und extreme Ablehnung	24 %
	100 %

Die beiden ersten, für die SED positiven Ziffern sind nur aus den Besonderheiten der Betriebssituation zu erklären. Die SED repräsentiert sich für den Arbeiter in dem kleinen Funktionär, der häufig, gleich ihm selbst, Arbeiter ist. Er kennt ihn meist seit langem, schätzt ihn häufig persönlich und fühlt sich ihm als Kollege verbunden. Die Anerkennung dieser kleinen Funktionäre, die am 17. Juni zu einem Teil gemeinsame Sache mit den Streikenden gemacht und sich zum anderen Teil wohlwollend neutral verhalten haben, bedeutet nicht die Anerkennung des stalinistischen Apparates. In den Großbetrieben, die — wie Leuna — eigene Kreisleitungen darstellen, ist die „Anerkennung“ der SED nicht einmal identisch mit einer „Anerkennung“ der hauptamtlichen Funktionäre dieser Kreisleitung.

Die „Errungenschaften“

Bei der Beurteilung, ob es dem System gelungen ist, nach dem Arbeiteraufstand 1953 seine Lage wieder zu stabilisieren, spielen die sogenannten „Errungenschaften“ eine beachtliche Rolle. Als „Errungenschaften“ wurden von den Befragten weniger die von der SED propagierten „Volkseigene Betriebe“, „die Schaffung des Arbeiter- und

Bauernstaates“ usw. bezeichnet. Genannt wurden vielmehr soziale Einrichtungen, die sich unmittelbar als persönliche Vergünstigungen ausweisen.

Als „Errungenschaften“ wurden u. a. genannt:

Hygienische Fürsorgemaßnahmen

Gesundheitswesen	11 %
Polikliniken	18 %
Erholungsheime, Kurheime, Sanatorien	28 %

Berufliche und betriebliche Fürsorge

Lohnausgleich bei Krankheiten	28 %
Kinderheime, Krippen, Kindergärten im Werk	36 %

Fürsorge in Freizeit und Urlaub

Klubhaus, Kulturhaus	26 %
FDGB-Urlaubsheime, Feriendienst	22 %
Kinderferienplätze	21 %
Sportplatzbau, Sportunterstützung	8 %

Von den Befragten wurden noch zahlreiche andere Einrichtungen benannt, von denen viele im Westen als selbstverständlich gelten. Seit 1953 hat das System in seinem eigenen Interesse versucht, eine wenn auch bescheidene Hebung des Lebensstandards zu erreichen. Dennoch resultiert daraus keine Anerkennung des Systems durch die Arbeiterschaft. Der Anteil der Stalinisten in der Arbeiterschaft beträgt etwa 6 bis 7,5 %, er ist keine Legitimation für die Herrschaft des stalinistischen Apparates und seinen Machtanspruch. Die Statistik beweist, daß die Mehrzahl der Arbeiterschaft in sozialistischen und gemeinwirtschaftlichen Kategorien denkt, das gemeinschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln bejaht, aber die Arbeits- und Lohnpolitik des Stalinismus als Ausbeutung empfindet. Sie hat — das ergibt sich eindeutig — keine innere Beziehung zum „Volkseigentum“, da sie keine Mitbestimmung besitzt.

Andererseits ist es dem System gelungen, eine Reihe von sozialen und fürsorgerischen Maßnahmen auszubauen, die nach der Statistik von der Arbeiterschaft als „Errungenschaften“ empfunden und positiv bewertet werden.

Diese Bejahung bedeutet jedoch nicht, daß die Opposition gegen das System sich vermindert hätte, sie hat sich im Gegenteil verschärft. Die Befreiung von den täglichen Sorgen um das Existenzminimum ermöglicht den Arbeitern, über das System und seine Ungerechtigkeiten nachzudenken. Die Opposition wird deshalb bewußter, sie erhält ein höheres ideologisches Niveau. Die Revolution in Polen und Ungarn und die bestehende Unfreiheit in der „DDR“ haben diesen Prozeß beschleunigt. Die unzulänglichen Teilkonzessionen des Systems (45-Stundenwoche, vorübergehende Lockerung der Diskussionsfreiheit usw.), das Hin- und Herschwanken zwischen Zugeständnis und Härte erscheint der Arbeiterschaft als Beweis für Schwäche und Unsicherheit und ermutigt sie zum Widerstand. Die Einschränkung der Macht der Geheimpolizei hat zwar die Furcht nicht beseitigt, aber doch so reduziert, daß an der Basis freiere Diskussionen möglich sind. Aus ihnen erwächst die bewußte oppositionelle Konzeption der Arbeiterschaft, die 1953 fehlte und die die Zerstörung des Systems zum Ziel hat.

Die unter dem Druck der Entwicklung erfolgte Entlassung zahlreicher politischer Häftlinge, unter denen sich auch Streikende des 17. Juni befanden, hat das antistalinistische Klima in den Betrieben verschärft; erfahrene Kader des Aufstandes, von denen nicht anzunehmen ist, daß sie im Zuchthaus zu Anhängern des Stalinismus geworden sind, sind wieder in die Produktion zurückgekehrt.

Parallel zur Opposition der Arbeiterschaft hat sich, beschleunigt durch die Ereignisse in Polen und Ungarn, auch eine Opposition in der Intelligenz der „DDR“ entwickelt, deren Bestrebungen auf eine Neugestaltung des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens der Sowjetzone zielt. Sie erstrebt die Verwirklichung der Prinzipien geistiger und kultureller Freiheit, die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes und der Geheimjustiz, die Durchführung des Mitbestimmungsrechtes der

Arbeiter in den Betrieben, die Auflösung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Diese Intelligenz hat echte Beziehungen zu den Arbeitern und Bauern. Die Forderung des inzwischen geflohenen Landwirtschaftsexperten der SED, Kurt Vieweg, nach Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Maschinenaustauschstationen, nach Schaffung von privaten landwirtschaftlichen Familienbetrieben hat große Resonanz in der Bauernschaft gefunden. Die Forderungen der Arbeiter und Bauern selbst finden damit in dem Programm der Opposition ihren Niederschlag. In der SED erstreben sie die

Entmachtung des stalinistischen Apparates und die Reorganisierung der Partei auf antistalinistischer Basis. Es bleibe dahingestellt, ob die hier wiedergegebene Konzeption für die gesamte oppositionelle Intelligenz als verbindlich betrachtet werden kann. In jedem Fall aber charakterisiert sie die Auffassung eines breiten Teiles der jungen Intellektuellen. Wie gefährlich aber diese Auffassungen für den Bestand des Systems sind, ergibt sich aus der Tatsache, daß Professor Wolfgang Harich in einem nichtöffentlichen Gerichtsverfahren zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Die Plattform Harichs - eine Konzeption der oppositionellen Intelligenz

1. Wer sind wir?

Wir sind eine Gruppe von SED-Funktionären, die über eine breite bewußte und über eine noch breitere unbewußte Anhängerschaft verfügt. Diese Anhängerschaft hat sich besonders aus den Kulturinstitutionen der DDR herausgebildet, aus Universitäten, Hochschulen, Zeitungsredaktionen, Verlagen und Lektoraten.

Wir lernten besonders aus den Beschlüssen des XX. Parteitages der KPdSU und aus unseren Kontakten mit ausländischen Genossen. Durch persönliche Diskussionen mit polnischen, ungarischen und jugoslawischen Genossen wurden wir in der Richtigkeit unserer Auffassungen bestätigt. Besonderen Einfluß hat auf unsere ideologische Entwicklung der Genosse Georg Lukacs genommen.

Bertolt Brecht hat mit unserer Gruppe bis zu seinem Tode stark sympathisiert und in ihr die gesunden Kräfte der Partei gesehen. In unseren häufigen Diskussionen mit Bertolt Brecht konnten wir feststellen, wie verbittert er über die bestehenden Zustände in der DDR war.

In unserer Gruppe fand ein langer ideologischer Klärungsprozeß statt, der seinen Anfang kurz nach Stalins Tod nahm und durch den 17. Juni 1953 stark beschleunigt wurde. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU haben wir eine Plattform über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus ausgearbeitet und wollten sie in der Partei diskutieren.

Wir haben versucht, diese Plattform an die Parteiführung heranzutragen. Aber wir wurden abgewiesen und überhaupt nicht empfangen. Fred Oelßner, Paul Wandel und Kurt Hager ließen uns in ihren Vorzimmern abfertigen, ohne sich über unser Anliegen zu informieren und ohne unsere Plattform entgegenzunehmen.

Daraufhin sahen wir uns gezwungen, dem sowjetischen Botschafter in der DDR — Genossen Puschkin — unsere Plattform zu überreichen, um sie auf diesem Wege an unsere Parteiführung heranzutragen.

Wir sind der Meinung, daß unsere politische Plattform als Grundlage einer Diskussion über die Erneuerungen der Partei dienen kann. Wir haben nicht die Absicht einen Bruch mit der Kommunistischen Partei herbeizuführen. Wir wollen keine Renegaten werden wie beispielsweise der Exkommunist Arthur Koestler. Wir wollen nicht mit dem Marxismus-Leninismus brechen; aber wir wollen ihn vom Stalinismus und vom Dogmatismus befreien und auf seine humanistischen und undogmatischen Gedankengänge zurückführen.

Wir wollten unsere Konzeption vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus und unsere Plattform eines vom Stalinismus befreiten Marxismus-Leninismus vollkommen legal in der Partei und in der DDR diskutieren und verwirklichen.

Diese Legalität findet aber dort ihre Grenze und ihr Ende, wo die gegenwärtige Parteiführung den Boden der Legalität verläßt. Nach unserer Meinung hat die Parteiführung diesen Boden der Legalität bereits verlassen. Ausdruck dafür war die 3. Parteikonferenz der SED mit ihrer Verniedlichung des XX. Parteitages der KPdSU. Ausdruck dafür ist ferner das Verhalten unserer Parteiführung gegenüber den Ereignissen in Polen und Ungarn. Man geht in unserer Partei trotz gegenteiliger offizieller Behauptungen systematisch zum Personenkult zurück.

Man würgt in unserer Partei die Diskussionen ab, knebelt die Presse und bezeichnet vollkommen unmarxistisch jede Unzufriedenheit der Arbeiter als das Werk imperialistischer Agenten. In einer solchen Situation darf die Parteidisziplin nicht Selbstzweck werden. Wir haben in Karl Liebknecht unser Vorbild, der 1914 und 1918 die Parteidisziplin brach, um die Partei zu retten.

Wenn wir daher mit unserer gegenwärtigen Parteiführung brechen, so bedeutet dieser Bruch keinen Bruch mit der Kommunistischen Partei; denn eine Parteiführung ist niemals identisch mit der Partei. Wir haben auch nicht die Absicht, die DDR im Stich zu lassen, und uns als Bürger der DDR der Verantwortung für den augenblicklich herrschenden Zustand in der DDR zu entziehen.

Wir haben alle schuld an der Situation, wie sie von unserer Partei in der DDR herbeigeführt worden ist. Darum haben wir jetzt auch die Pflicht, diese Situation in unserem Sinne zu ändern und für eine solche Änderung zu kämpfen.

Darum ist es auch unsere Pflicht, von unserer Seite her eine neue Haltung gegenüber der SPD einzunehmen; denn die SPD ist die stärkste Arbeiterpartei Deutschlands und hat in Westdeutschland die Einheit der Arbeiterklasse verwirklicht.

Wir sind mit der SPD in vielen Punkten nicht einverstanden. Das sind vor allen Dingen die in der SPD vorhandenen bürgerlich-demokratischen und teilweise auch opportunistischen und revisionistischen Tendenzen. Aber wir sind mit der SPD in

den zentralsten Fragen einverstanden. Aus dieser Übereinstimmung in den zentralsten Fragen ergibt sich auch die Möglichkeit zur Überwindung der Spaltung Deutschlands.

2. Unsere theoretisch-ideologische Konzeption

Wir sind der Ansicht, daß der Kapitalismus in Westeuropa seinem Ende zugeht und historisch überlebt ist. Wir sind der Ansicht, daß der Sieg des Sozialismus in Westeuropa unvermeidlich ist. Wir glauben aber nicht, daß der Sieg des Sozialismus in Westeuropa durch eine Revolution herbeigeführt werden muß. Wir glauben, daß der westeuropäische Sozialismus den Kapitalismus in friedlicher Weise ablösen wird.

Wir sind der Ansicht, daß dieser Umwandlungsprozeß des Kapitalismus in den Sozialismus in Westeuropa nicht überall unter der Führung der Kommunistischen Partei vor sich gehen wird, sondern daß in vielen Ländern die Kommunisten diesen Prozeß überhaupt nicht werden leiten können.

Der Sozialismus ist ein objektiver Prozeß und nicht an den Namen einer Partei gebunden, die sich mit dem Sozialismus identifiziert. Wir sind der Meinung, daß in Westdeutschland nur die SPD den Sozialismus verwirklichen kann, weil die Kommunisten in Westdeutschland jeglichen Einfluß auf die westdeutsche Arbeiterklasse verloren haben.

In England kann der Sozialismus aus den gleichen Gründen nur durch die Labour Party verwirklicht werden. In Italien nur durch die linken Sozialisten.

In einem wiedervereinigten Deutschland kann nur die SPD im Bündnis mit den echten sozialistischen Kräften in der SED den Sozialismus errichten oder, worauf wir noch später kommen werden, eine neue sozialistische Partei der deutschen Arbeiterklasse, hervorgegangen aus der Verschmelzung der SPD mit einer reformierten SED, die die Stalinisten aus ihren Reihen entfernt hat.

Für Deutschland lehnen wir den ausschließlichen Führungsanspruch einer Kommunistischen Partei ab, weil eine derartige sektiererische Konzeption nicht der real existierenden Situation in Deutschland gerecht wird und zum Scheitern verurteilt ist. Die realen Möglichkeiten für eine sozialistische Entwicklung in Europa sehen wir in folgendem:

Im Osten Europas sind Wirtschaftsstrukturen entstanden, die bei einer radikalen Reform und Überwindung ihrer Entartung geeignet sind, in den östlichen Ländern den Sozialismus eher zu verwirklichen, als dies in den westeuropäischen Ländern mit ihren überwiegend kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen möglich sein wird.

Eine radikal entstalinisierte östliche Wirtschaftsstruktur in der UdSSR und in den Volksdemokratien wird im Verlaufe der weiteren Entwicklung den kapitalistischen Westen allmählich beeinflussen.

Gleichzeitig wird der Westen den Osten mit demokratischen und freiheitlichen Ideen und Auffassungen beeinflussen und den Osten zwingen, sein totalitäres und despotisches politisches System Schritt für Schritt abzubauen.

In dieser wechselseitigen Beeinflussung und Durchdringung sehen wir die Verwirklichung einer echten Koexistenz, die dem Osten politische Freiheit und Demokratie und dem Westen Wirtschaftsstrukturen bringen wird, die er zumindest für seine Grundstoffindustrie übernehmen muß.

Diesen Prozeß wollen wir in der DDR beschleunigen, um damit den Gegensatz Ost-West abzuschleifen und zu einem friedlichen Zusammenleben in Europa zu kommen. Unser Verhältnis zur UdSSR wird durch folgende Überlegungen bestimmt:

Wir sehen in der UdSSR den ersten sozialistischen Staat der Welt. An dieser Tatsache konnte auch der Stalinismus nichts ändern. Der sowjetische Sozialismus kann jedoch nicht vorbildlich für alle Länder sein und ist es selbst im Innern der UdSSR nicht mehr. Er ist in seiner heutigen Form zu einem Hemmnis für eine weitere sozialistische Entwicklung der UdSSR geworden.

Diese Formen des sowjetischen Sozialismus waren für eine ganze historische Epoche unvermeidlich und erwachsen aus der Rückständigkeit Rußlands, aus seinen fehlenden demokratischen Traditionen, aus dem Überhandnehmen des Partei- und Staatsapparates über das öffentliche Leben und aus dem Bestreben, den Westen in seiner industriellen Entwicklung schnellstens einzuholen und zu überholen.

Die forcierte Industrialisierung in der UdSSR war historisch notwendig, und Trotzki hatte in dieser Frage gegenüber Stalin unrecht. Trotzki hatte aber gegenüber Stalin recht in Frage, daß die Methoden und Formen der Industrialisierung in der UdSSR zur Entartung der bolschewistischen Partei und des Sowjetstaates führen müssen. Diese Entartung des Sowjetstaates und der KPdSU hat zur Kritik des XX. Parteitages an den Methoden und Formen des Stalinismus geführt.

Polen gab uns das Beispiel

Chruschtschows Stalinkritik war aber keine marxistische Analyse und berührte nicht die Grundfragen der Entartung des Sowjetsystems. Sie berührte vor allen Dingen nicht die Grundfragen des Verhältnisses der UdSSR zu den Volksdemokratien.

Nach 1945 hat die Sowjetunion den Volksdemokratien gegenüber einerseits eine progressive Rolle gespielt. Das betrifft vor allen Dingen die Fragen der Zerschlagung des Kapitalismus und des Großgrundbesitzes in diesen Ländern. Andererseits übertrug die Sowjetunion nach 1945 ihre politischen Formen, die für die Sowjetunion selbst schon ein Hindernis geworden waren, auf die Volksdemokratien. Das ist die reaktionäre Rolle der UdSSR nach 1945 gegenüber den Volksdemokratien.

Es kam zur Ausbeutung der Volksdemokratien und zur Ignorierung ihrer Gleichberechtigung und nationalen Unabhängigkeit durch die Sowjetunion. Heute ist es offensichtlich, daß die Politik der UdSSR gegenüber den Volksdemokratien restlos fehlgeschlagen ist. Dieses Fehlschlagen äußerte sich in der Zersetzung und Auflösung des sozialistischen Lagers.

Der Widerstand der Volksdemokratien gegen die Vorherrschaft der UdSSR ist Ausdruck des revolutionären Klassenkampfes der Volksmassen gegenüber dem stalinistischen Partei- und Regierungsapparat und seinen Methoden. Wo sich in diesem Klassenkampf die gesunden Kräfte der Partei an die Spitze setzen, führt dieser Kampf zur Überwindung der Entartung und zur Weiterentwicklung zum Sozialismus hin. Polen ist dafür der deutlichste Beweis.

Der stalinistische Apparat hat seit Stalins Tod gemerkt, daß es so nicht weitergeht und Konzessionen an die Volksmassen gewährt werden müssen. Ausdruck dafür waren der Malenkov-Kurs in der UdSSR und die Stalin-Kritik Chruschtschows. Der XX. Parteitag der KPdSU war der Versuch, die drohende Revolution von unten durch eine Revision von oben aufzufangen. Darum enthält der XX. Parteitag der KPdSU sowohl Elemente des Alten als auch Elemente des Neuen, die sich aber in der Praxis noch nicht durchsetzen konnten, weil der alte stalinistische Apparat erbitterten Widerstand leistet.

Gegenwärtig versucht die Sowjetunion die Entstalinisierung auf die Volksdemokratien genau so schematisch zu übertragen wie früher die Stalinisierung. Daraus entstehen Reibungen und Versuche, die Entstalinisierung in den Volksdemokratien auf eigene Weise zu lösen. Das zwingt die Sowjetunion wiederum, auf diese Versuche stalinistisch zu reagieren und zu typisch faschistischen Methoden zu greifen.

Beweise:

- Falsche Stellungnahme der UdSSR zum Togliatti-Interview nach dem XX. Parteitag;
- Zirkularbrief der KPdSU an alle kommunistischen Parteien über Jugoslawien;
- Verhalten gegenüber Polen und Ungarn;
- Aufrechterhalten des Stalinismus in der DDR.

Zu diesem Rückfall der Sowjetunion in den Stalinismus ist zu sagen, daß damit der Anspruch der UdSSR auf eine Führerrolle innerhalb des sozialistischen Lagers nicht mehr berechtigt ist, obwohl die UdSSR das stärkste sozialistische Land der Welt ist. Die gegenwärtige nationalistisch-stalinistische Position der KPdSU kann nur überwunden werden, wenn sie auf den XX. Parteitag und den Malenkov-Kurs zurückgezwungen wird.

3. Welches Programm haben wir für die SED und die DDR?

Aus der gegebenen Einschätzung der heutigen Situation ziehen wir für die SED und für die DDR folgende Schlußfolgerungen:

Wir wollen die Partei von innen her reformieren. Wir wollen auf den Positionen des Marxismus-Leninismus bleiben. Wir wollen aber weg vom Stalinismus. Daraus ergibt sich für die Theorie des Marxismus-Leninismus:

Sie muß ergänzt und erweitert werden durch die Erkenntnisse Trozki und vor allen Dingen durch die Bucharins; sie muß ergänzt und erweitert werden durch die Erkenntnisse Rosa Luxemburgs und teilweise auch durch die Karl Kautskys. Ferner müssen wir das Wertvolle aus den Erkenntnissen Fritz Sternbergs und anderer sozialdemokratischer Theoretiker in die Theorie des Marxismus-Leninismus übernehmen. Wir müssen die jugoslawischen Erfahrungen und Erkenntnisse in die Theorie des Marxismus-Leninismus mit aufnehmen und das Neue aus den theoretischen Diskussionen in den Ländern Polen und China, wobei besonders der VIII. Parteitag der chinesischen KP von besonderer Bedeutung ist.

Organisatorisch ergeben sich für unsere Partei folgende Maßnahmen:

- Die Herrschaft des Parteiapparates über die Mitglieder muß radikal gebrochen werden.
- Der demokratische Zentralismus muß nach den Prinzipien von Marx, Engels und Lenin in der Praxis unserer Partei wiederhergestellt werden.
- Die Stalinisten müssen aus der Partei ausgeschlossen werden.

Folgende Reformen sind in der DDR notwendig:

Die Produktion muß auf die Erhöhung des Lebensstandards der Volksmassen umgestellt werden (Malenkov-Kurs); mit der Normentreibung muß radikal Schluß gemacht werden.

In den sozialistischen Betrieben und im sozialistischen Handel muß die Gewinnbeteiligung eingeführt werden; für die Arbeiter muß die Alterspension ebenso gesetzlich eingeführt werden wie für die Intelligenz; es muß Schluß gemacht werden mit den Prämien für die Spitzenfunktionäre.

In allen sozialistischen Betrieben müssen Arbeiterräte nach jugoslawischem Vorbild eingeführt werden; die mittelständische private Industrie muß gefördert und mit der volkseigenen Industrie gleichgestellt werden.

Mit der Zwangskollektivierung muß Schluß gemacht werden, weil sie nicht den besonderen Bedingungen Deutschlands entspricht; Auflösung der LGP, um eine Katastrophe in der landwirtschaftlichen Produktion zu verhüten; Entwicklung eines gesunden Klein- und Mittelbauerntums.

Wiederherstellung der völligen Geistesfreiheit; Schluß mit dem Kirchenkampf, der die Partei von den religiösen Schichten der Bevölkerung isoliert; Herstellung der Autonomie der Universitäten; völlige Herstellung der Rechtssicherheit in der DDR; Auflösung des SSD und der Geheimjustiz.

Schaffung einer Regierungsform in der DDR durch ein erweitertes Blocksystem, an dessen Spitze eine reformierte SED steht; Wiederherstellung der völligen Souveränität des Parlamentes.

Aufstellung von Einheitslisten des Blockes mit mehreren Kandidaten bei den Wahlen, so daß die Bevölkerung wirklich eine Wahl vornehmen kann; die reformierte SED muß dabei an der Spitze bleiben; durchgreifende Entbürokratisierung der Verwaltung von oben nach unten.

Entwicklung einer Außenpolitik, die an dem Bündnis mit dem sozialistischen Lager bei Wahrung der völligen Unabhängigkeit und Gleichberechtigung festhält; freie und unabhängige Beratungen notwendiger Maßnahmen und der gemeinsamen Politik mit den Genossen anderer volksdemokratischer Länder.

4. Unsere Meinung zur gesamtdeutschen Frage

Wenn wir diese Reformen in der DDR durchführen und einen Lebensstandard schaffen, der zwar nicht an den Lebensstandard Westdeutschlands heranreicht, aber eine grundsätzliche Verbesserung der Situation gegenüber der stalinistischen Ära darstellt, dann haben wir auch das Recht, Westdeutschland Bedingungen zu stellen. Als Grundsatz unserer gesamtdeutschen Politik gilt:

In einem wiedervereinigten Deutschland darf es nicht zu einer kapitalistischen Restauration kommen.

Bevor es zu einer Wiedervereinigung kommen kann, müßten in der westdeutschen Bundesrepublik durch eine zukünftige SPD-Mehrheit im Bundestag folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Rückgängigmachung der Remilitarisierung;
- Entfernung von Faschisten und Militaristen aus den staatlichen Stellen in der Bundesrepublik;
- Verstaatlichung der westdeutschen Schlüsselindustrie;
- Aufteilung des Großgrundbesitzes, wo dieses volkswirtschaftlich und politisch notwendig ist;
- Beseitigung des kapitalistischen Bildungsprivilegs in der Bundesrepublik;
- Austritt Westdeutschlands aus der NATO.

Durch eine solche Politik der SPD würden gesamtdeutsche freie Wahlen zur Tatsache werden. In diesen Wahlen würden die restaurativen Kräfte in der Bundesrepublik und die Stalinisten in der DDR restlos isoliert werden.

Wir sind uns darüber klar, daß bei einer solchen Politik die SPD bei gesamtdeutschen freien Wahlen die Mehrheit in ganz Deutschland bekommen würde. Eine reformierte SED müßte diese Entscheidung des deutschen Volkes bedingungslos anerkennen und respektieren.

5. Über die Perspektiven einer zukünftigen Einheit der deutschen Arbeiterbewegung

Voraussetzung für eine zukünftige Einheit der deutschen Arbeiterbewegung ist eine vom Stalinismus befreite SED, die in ihren Anschauungen und in ihrer Politik völlig unabhängig ist. Wenn wir die SED reformieren, so wäre eine reformierte SED nur noch eine linke marxistische Bewegung, die nichts mehr mit der KP alten Typus und ihrer verhängnisvollen Entartung gemeinsam hätte. Damit würde alles wegfallen, was einer Einheit der deutschen Arbeiterbewegung im Wege steht.

Da in Westdeutschland die Einheit der deutschen Arbeiterklasse durch die SPD verwirklicht worden ist, würde eine zukünftige einheitliche deutsche Arbeiterbewegung zwangsläufig durch den größeren Einfluß der SPD mehr die Züge der SPD annehmen als die der reformierten SED; aber zweifellos würde diese künftige einheitliche deutsche Arbeiterbewegung stärker links orientiert sein, als die heutige SPD. Bevor wir jedoch an die SPD herantreten können, um ihr Forderungen zu stellen, müssen wir als SED Trennendes beiseitestellen.

Uns trennt von der SPD gegenwärtig zwar vieles (bürgerlich-demokratische Illusionen, Tendenzen zum Opportunismus usw.), aber vor allem trennt uns von der SPD der Stalinismus. Darum muß sich die SED vom Stalinismus trennen, bevor eine Zusammenarbeit mit der SPD wirklich ehrlich möglich werden kann.

Erst wenn wir uns von unseren Fehlern trennen, können wir die Fehler der SPD kritisieren, wobei jedoch ein für allemal Schluß gemacht werden muß mit der Diffamierung der SPD als kapitalistische Agentur.

Der erste Schritt zur Zusammenarbeit mit der SPD muß gegenwärtig sein:

Konspirative Zusammenarbeit der oppositionellen SED-Genossen mit der SPD zur Bekämpfung des Stalinismus, damit die ehrlichen und gesunden Kräfte der SED die SED von innen her erobern können.

Wenn das gelungen ist, dann können offizielle Kontakte zwischen der SPD und der reformierten SED aufgenommen werden. Daraus könnten sich die Keime einer zukünftigen Einheit zwischen der SPD und der reformierten SED entwickeln, wobei bei einer Einheit keine Partei die andere schlucken darf.

Stalinisten, die sich bis zuletzt an den Verbrechen der Ulbricht-Gruppe beteiligt haben, dürfen nicht in die neue Arbeiterpartei aufgenommen werden, sondern nur solche Kräfte, die aktiv gegen die stalinistische Entartung der SED gekämpft haben.

6. Unsere gegenwärtige Taktik

Gegen uns steht der stalinistische Partei- und Staatsapparat. Gegen diesen reaktionären Apparat müssen wir mit ganzer Kraft kämpfen. Die Grundlagen unserer oppositionellen Arbeit sind das Parteistatut der SED, der XX. Parteitag der KPdSU und die Beschlüsse des 28. Plenums des ZK der SED. Wir wollen auf dieser Grundlage unsere oppositionelle Arbeit vollkommen legal betreiben; aber wir greifen auch zur Methode der Fraktionsbildung und der Konspiration, wenn uns der stalinistische Apparat dazu zwingt.

Wir nehmen Verbindung zu oppositionellen Kräften in den Volksdemokratien auf, um gegenseitig unsere Erfahrungen auszutauschen.

Die oppositionellen SED-Genossen müssen enge Kontakte zur Bevölkerung in der DDR herstellen, die Politik der Parteiführung in der Bevölkerung kritisieren, die Kluft zwischen Bevölkerung und gegenwärtiger SED-Führung vertiefen aber gleichzeitig einen Volksaufstand in der DDR verhindern. Die Gefahr eines Aufstands der Bevölkerung in der DDR wäre nur gegeben, wenn die stalinistische Ulbricht-Gruppe weiterhin an der Spitze unserer Partei bleiben würde und es den oppositionellen Kräften in der SED nicht gelänge, die Stalinisten aus der Parteiführung zu entfernen.

Wenn uns jedoch die Reformierung der SED auf der Grundlage der vorliegenden Plattform von innen her gelingt, dann wird es keinen zweiten Volksaufstand in der DDR geben. Das verpflichtet uns, alle unsere Kräfte einzusetzen, um die Partei von den Stalinisten zu säubern und durch eine veränderte Politik das Vertrauen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes wiederzugewinnen.

Schlußfolgerungen

Der Zerfall des Stalinismus in der Sowjetzone vollzieht sich — wie im ganzen Ostblock — gleichermaßen auf der ökonomischen wie der ideologischen Ebene. Seit dem 17. Juni 1953 sind vier Jahre vergangen, aber es ist der SED nicht gelungen, die Ursachen, die den Aufstand be-

wirkt haben, zu beseitigen. Die Opposition der Arbeiter und Bauern gegen das System besteht unvermindert fort, die der Intelligenz hat sich neu entwickelt und die Parteikader in einen ideologischen Destruktionsprozeß einbezogen. Neben den inneren Ursachen sind auch äußere Einflüsse wirksam. Das IX. Plenum der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei hat die entscheidenden Errungenschaften der polnischen Oktoberrevolution, Arbeiterräte und Auflösung der Kolchosen, stabilisiert. Die Dezentralisierung der Industrie in der Sowjetunion hat die Frage nach einer ähnlichen Reform in der „DDR“ aufgeworfen. Sie würde für den zentralistischen Apparat der SED eine wesentliche Macht- und Prestigeminderung bedeuten. Zweifellos werden die Elemente dieser Entwicklung nicht ohne Einfluß auf adäquate Tendenzen in der „DDR“ bleiben.

Auch der Einfluß des Westens ist unvermindert. Die SED sieht sich gezwungen, Studentenschaft und FDJ, der jungen Elite des Systems, Reisen nach Westdeutschland zu verbieten. Das System ist in der Defensive. Seine endgültige Destruktion würde die Sowjets der einzigen Voraussetzung berauben, unter der die Spaltung Deutschlands fortzuführen ist. Sozialistische, sozialdemokratische und bürgerliche Strömungen müssen in ihrem Kampf gegen den Stalinismus zu einer Aktionseinheit formiert werden, zu einer Volksfront gegen den Stalinismus, wie sie am 17. Juni 1953 bereits beispielhaft bestanden hat.

Anmerkung

Staatsrat Dr. Theodor Eschenburg, Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Tübingen, geb. 24. 10. 1904 in Kiel.